8. MÄRZ



ULUSTARARASI KADINLARIN MÜCADELE GÜNÜ

சர்வதேச மகளிர் தினம்

MIEDZYNARODOWY DZIEN WALKI KOBIET

8. MÄRZ DEMONSTRATION

TREFFPUNKT: U-BAHN GESUNDBRUNNEN 16.30

روز جهانی مبارزه زنان

DIA INTERNATIONAL DE LUCHA DE LA MUJER

ROJA TEKOSÎNA JENÊN CÎHANÊ

9. MÄRZ INTERN ♀-FEST

AB 19°° E.X. MEHRINGHOF INTERN. MUZIK TANZ

Nr. 137

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Vorwort:

Als Titelseite haben wir das Plakat zum 8.März abgedruckt, um alle Leserinnen dieser Zeitung zum internationalen ♀♀♀ - Kampftag zu mobilisieren. Wir finden es aber richtig, die inhaltlichen Auseinandersetzungen unter Frauen nicht in einer gemischten Zeitung zuführen. Daher begrüssen wir die 8.März-Zeitung, in der unter anderem der Aufruf zur Demo steht, als **ein** ♀♀♀-internes Medium. Die Zeitung findet ihr ♀♀♀ in Buchläden und entsprechenden Kneipen.

Die Red. ♀♀♀

Während diue Spitzen der Militärs inzwischen einen Waffenstillstand am Golf ausgehandelt haben, breiten sich im Irak Aufstandsbewegungen aus, über die wir noch sehr wenig wissen. Gleichzeitig wird klar, daß der Waffenstillstand nicht "Frieden" bedeutet, sondern, daß sich der Krieg auf anderer Ebene fortsetzt: z.B. mit den Morden an KurdInnen von Sirnak durch türkische Bullen am Wochenende, mit der Vertreibung von PalästinenserInnen aus Kuweit.................... Deshalb sollten wir uns jetzt nicht wie die Friedensbewegung beruhigt zurücklehnen. Die mißglückte Kundgebung vor dem türk. Konsulat und die daraufhin erfolgte Absage der Börsenaktion (dazu die ersten beiden Beiträge im Heft) machen allerdings wenig optimistisch. Zur weiterhin notwendigen Diskussion ü über die Hintergründe des Golfkrieges und die Neuordnung erreichte uns die Übersetzung eines älteren, lesenswerten Artikels aus dem bürgerlichen "Observer". Zum selben Thema dokumentieren wir außerdem einen Artikel von P.Agee, den wir aus dem Wiener "Info-Verteiler Nr. 14" geklaut haben.

Dank übrigens für die Schokolade aus Rostock

Inhalt:

Ordner:

- -Wuppertaler Info-Sammlung
- -"Körpersprache und Signalverhalten" eine Anleitung der "Kriminalistischen Studiengemeinschaft e.V." zur Infiltration militanter Gruppen. interessant, aber leider zu lang
- -Flugblatt zum Steuerboykott
- -"wie weiter" (Nürnberg)
- -Volxsport Frankfurt a.M.
- -Giftgas und Pazifismus (Freiburg)
- -Inhaltsverzeichnis zur Notstands-§§-Sammlung des BAKJ (Anzeige im Heft)



IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Keine bundesweite Aktion zur Börse

Die seit einigen Wochen geplante bundesweite Börsenblockade ist erstmal gestoppt.Der Termin aus der letzten Zeitung gegen den Krieg vergeßt also.Wir halten die Aktion nachwievor für sinnvoll - schätzen aber unsere Mobilisierungsfähigkeitgleich Null ein.Die Aktion am türkischen Konsulat war unter diesem Gesichtspunkt, gerade 150 Leute eine Katastrophe. Trotzdem wollen wir euch das Papier nicht vorenthalten, mit dem für die Börsenblockade mobilisiert werden sollte.

Die von US-Präsident Bush zu Beginn des Bombardements angekündigte "Neue Weltordnung" ist durch mehr als 100.000 Bombeneinsätze der NATO-Flugzeugarmada über dem Irak und Kuweit politische Realität geworden. Bush und seine imperialistischen Verbündete werden jetzt die "chance" beim Schopfe fassen, "für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt,, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dsungels das Verhalten von Nationen leitet", so Bush im Januar '91. Nun kann die NATO, kann das transnationale Kapital die Herrschaft ihrer Gesetze - vorerst wieder - ohne großen Widerstand in der Golfregion wirken lassen. Ihr oberstes Gesetz, un d das macht der Krieg überdeutlich, ist das Gesetz des maximalen Profits auf Kosten der Zerstörung, Vernichtung ganzer Länder, ganzer Völker, ganzer Ökosysteme.
Wir haben schon vor Ausbruch der unmittelbaren Kampfhandlungen daraufhingewiesen, daß der Krieg gegen die verarmten arabischen Massen schon seit Monaten an Schärfe zugenommen hatte. Die Vertreibung von Hunderttausenden von ArbeitsemigrantInnen die Vernichtung kurdische Dörfer in der Türkei, die Militärinterventionen Israels gegen die Palästinenserinnen waren das Zeichen dieses Krieges #niedriger Intensität'. Auch nach dem Waffenstillstand geht der Krieg in Kurdistan, in Palästina weiter, aucgh nach dem Waffenstillstand gehen Hunger, die Seuchengefahr und Tod für Zehntausende im Irak weiter.
Die "Neue Weltordnung" des Herrn Bush ist nichts anderes als die alte Ordnung der Pax Americana des Yankee-Imperailismus in Lateinmaerika. Es ist die bedingslose Unterdrückung und Ausbeutung der in die Armut getriebenen Massen in den Staaten des Nahen Ostens.
Aber dies ist beileibe keine Sache allein von Bush und seinen Generälen. Die Herrn, die sich so um die 'Herrschafrt des Gesetzes' im Nahen Osten sorgen und auf den Sturz von Hussein und die Vernichtung eines Großteils der irak. Bevölkerung gesetzt haben, sind nicht nur Militärs und Politiker. Sie sind insbesondere in den Vorstandsetagen der großen Konzerne zu finden. Bei Siemens, Daimler-Benz und bei dem US-Multi Bechtel oder dem Elektroriesen ITT. Sie setzen auf den Machterhalt der arabischen Despoten in Syrien, Saudi-Arabien, Iran, Ägypten, Kuweit. Mit den Emiren und ihren Petrodollars wollen sie eine neue Runde der Rüstungsspirale einläuten und sich die großzügige Wiederaufbauprogramm Kuweits finanzieren lassen. Das sind die eigentlichen Kriegsgewinnler.

Die ersten Kriegsgewinnler waren die Börsenmakler und die hinter ihnen stehenden Banken. Während die Aktienkurse der wichtigsten Rüstungskonzerne und Ölmultis in die Höhe kletterten, fanden Zehntausende von irakischen Zivilisten durch die von der Rüstungsindustrie gebauten Jagdbomber den Tod. Die Opfer dieses Krieges finden sich in keiner Konzernbilanz wieder. Wi sollten sie auch. Denn auch in den sogenannten Friedenszeiten finden sich die Opfer der Politik der Multis in der 3. Welt, die IOpfer von IWF- und Weltbank-Vernichtungspolitik in keiner Bilanz wieder. Die Banker und Manager interessiert allein die Absicherung ihrer Herrschaft. Der Herrschaft des Geldes und des Profits.
Der Krieg gegen die Klasse im Nahen Osten wird jetzt mit anderen Mitteln als mit Bomben fortgesettz werden. Wenn wir was gegen die Herrschaft des Geldes machen wollen, sollten wir dorthin gehen, wo die Profite der Konzerne, Banken und Bonzen sichtbar werden - an der Börse.
Die Börsen von New York, Tokio, London und Frankfurt sind die Halsschlagadern des internationalen Kapitals. Sie sind emminent wichtig für die Kapitalzirkulation, aber sie reagieren auch empfindlich auf äußere Störungen. Die großen Banken und Konzerne aus Japan, Europa und der USA geben den Ausschlag für die Kursbewegungen an der Börse. Der Börsenhandel läuft heute zumeist auf Knopfdruck, er läuft wie ein weltweit vernetztes Computerspiel ab. Die Zeiten, in denen noch der telefonhörerschwingende Börsenmakler das große Geschäft in der Börse abwickelte, sind längst passé. Eine Wiederholung des berühmten schwarzen Montags vom Oktober 1987, als die Kurse weltweit an einem Tag mehr als 10 Prozent ihres Wertes einbüßten, können wir uns darum nicht von einer Blockade der acht bundesdeutschen Börsen erhoffen.

Trotzdem sollten wir versuchen, das Börsentreiben zu stören, denn in imperialistischen Kriegen sind gerade diejenigen die Kriegsgewinnler, die auch die Strippenzieher auf dem internationalen Börsenparkett sind. Wir können mit dieser Aktion [illegible] aufzeigen, wer unser Gegner hier im Hinterland des Golfkrieges ist.

Es sind eben nicht nur Generäle und Rüstungskonzernbosse, sondern die am Kriegsausbruch angeblich nicht beteiligten deutschen, britischen, amerikanischen Konzerne, die Vernichtung und Krieg produzieren. Anfang Februar fand ein Treffen zwischen Vertretern der Kuweitischen und suadischen Regierung dem brit. Außenministerium und einer Delegation von brit. Industriellen statt, um über den Wideraufbau Kuweits zu verhandeln. Die ~~Kuweitis~~ Multis wollen "mit Begeisterung einen erheblichen Beitrag leisten, welcher der Rolle der brit. Streitkräfte bei der Befreiung des Emirats entspricht"/Tsp. 12.2.) Der Korrespondent der 'Financial Times' berichtete, daß ein großer Teil der Infrastruktur von Ölanlagen bis zur Telekommunikation - welche die brit. Industriellen wiederaufbauen wollen - zu diesen Zeitpunkt noch gar nicht zerstört waren. 10 Tage später, am 22.2. meldete die 'taz', das sämtliche britischen Konzerne durch eine "absurd kurze" Angebotsfristsetzung von 2 Tagen von der US-Armeeführung in Zusammenarbeit mit den Kuweitis ausgetrickst worden ist. Den Kuchen von Bauaufträgen von über 100 Mrd. $ wollen die US-Konzerne allein unter sich aufteilen.

Die bundesdeutschen Konzerne gehen erstmal weitgehend leer aus. Dafür werden sie aber von der Bundesregierung derzeit reichlich beschenkt. Nicht nur das sie für ihre Irak- Rüstungsgeschäfte schon über 2 Mrd. DM Hermes-Ausfallbürgschaft erhalten haben, neine sie profitieren als einzigste von der angekündigten Steuererhöhung zur Finanzierung des Golfkrieges und Großdeutuschlands. Die Stuererhöhung ist

für alle Großkonzerne tatsächlich eine Stuererniedrigung, denn die Vermögenssteuer fällt ersatzlos weg.
Der Siemens-Konzern braucht dann also seine mehr als 2o Mrd. DM Geldvermögen, mit der derzeit an der Börse spekulieren läßt, nicht mehr zu versteuern.
Die Börse ist die zentrale Drehscheibe für die Spekulations- und Konzentrationsgeschäfte der großen Banken und Konzerne. Sie in ihrem Alltag durcheinander zu bringen, ihnen deutlich zu machen, daß wir gerade den kapitalistischen Alltag den Normalzustand - und nicht nur den Ausnahmezustand, den Krieg - blockieren, angreifgen wollen - das wollen wir mit deisem Aktionstag deutlich machen.
Normalzustand ist, daß in der vielgepriesenen Marktwirtschaft Waren produziert werden, um etwas zu verdienen, also mithilfe der Ausbeutung des Menschen durch das Kapital aus Geld mehr Geld zu machen. Normalzustand ist aber auch, daß z.B. nicht die Farmer im mittleren Westen der USA oder die Hungernden in ~~Bangladesch~~ Irak über den Weizenpreis entscheiden, sondern die Makler an der Chicagoer Weizenbörse. Die Spekulanten der Agarkonzerne entscheiden dort, wer den Weizen kaufen kann und wer nicht, wer satt wird und wer hungert. Daß der Unterschied zwischen Normal- und Ausnahmezustand, zwischen Krieg und Frieden im Kapitalismus nur ein gradueller ist, beide Momente des weltweiten Ausbeutungs- und Verwerungtsprozesses sind, hat Karl Marx schon vor 130 Jahren herausgefunden: "Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 Prozent sicher und man kann es überall anwenden. 20 Prozent und es wird lebhaft, 50 Prozent positiv waghalsig. Für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesezte unter seinen Fuß. 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert."

Redebeitrag anläßlich einer Kundgebung vor dem türkischen Konsulat in West Berlin 2.3.1991

Liebe Freundinnen und Freunde,
Liebe Genossinnen und Genossen,
Wir wollen mit diesem Beitrag zusammenfassend über die rassistische Repression und Kriminalisierung gegen arabische und insbesondere palästinensische Leute in den letzten zweieinhalb Monaten berichten.Grundlage dieser Maßnahmen stellt die rassistische Sondergesetzgebung des deutschen Staates,die in direkter Fortführung der Ausländerpolizeiverordnung des Nazi-Faschismus von 1937 steht,und sein aufwendiger Überwachungs-und Bespitzelungsapparat dar.
Mitte Dezember erhielten zwischen 50 und 70 arabische Leute Vorladungen zum ausländerpolitischen STaatsschutz.Hier wurden sie u.a. gefragt,ob sie es sinnvoll fänden,die Lösung des sog. Golfkonflikts in direkten Zusammenhang mit einer Regelung über die israelisch besetzten palästinensischen Gebiete zu stellen.
Desweiteren sollten sie Angaben über eventuell geplante Anschläge von arabischer Seite in Zusammenhang mit dem Golfkonflikt machen,was allein schon lächerlich ist.
Dabei wurden ihnen Versprechungen derart gemacht,daß sie bei Zusammenarbeit mit den Bullen ihren aufenthaltsrechtlichen Status in Dt. verbessern könnten.
Diese Methoden sind aus den letzten drei bis vier Jahren bekannt.Insbesondere palästinensische und arabische Leute aus dem Libanon sind nach ihrer Einreise zur sog. alliierten Sichtungsstelle,die ihr Zimmer bei den Bullen in der Perlebergerstr. hatte,bestellt worden.Hier wurde ihnen einerseits mit aufenthaltsrechtlichen Nachteilen gedroht,andererseits Versprechungen gemacht,ihnen einen sicheren Aufenthalt zu geben,falls sie Informationen aus den israelisch besetzten palästinensischen Gebieten geben.Bei diesen Gesprächen waren außer Vertretern der drei Aliierten z.T. auch Vertreter des israelischen Geheimdienstes Mossad anwesend.
Eine solche Politik von Zuckerbrot und Peitsche spielt mit der Angst der hierherkommenden Menschen,die aufgrund der geltenden Sondergesetze nie sicher sein können, hier zu bleiben,wenn sie es wollen.Unter Ausnutzung dieser spezifischen Unsicherheit sollen sie zu Spitzeln für Bullen und Geheimdienste gemacht werden.
Grundlage dieser widerwärtigen Machtpolitik ist wiederum das "Ausländer"Sondergesetz
Deswegen und immer wieder: WEG DAMIT !
Mitte Januar wurden dann die Wohnungen von ca.90 arabischen Leuten durchsucht.
Sämtliche Durchsuchungen fanden aufgrund eines Vordruckartigen Beschlusses statt, in dem jeweils nur die Namen ausgetauscht wurden.Pauschale Begründung war,die Durchsuchungen seien zur Verhinderung erwarteter Anschläge notwendig.Bezug genommen wurde auf sogenannte Erkenntnisse Inn-und Ausländischer Sicherheitsbehörden über die jeweiligen Personen.Was das für Erkenntnisse seien sollen,wurde natürlich nicht verraten.Gefunden wurde bei den Durchsuchungen nichts.
Wie immer bei solchn massenpolizeilichen Maßnahmen dienten sie lediglich der intensiven Schnüffelei in der Privatsphäre und in den Zusammenhängen der Betroffenen.

Mittlerweile hat sich eine breite liberale Öffentlichkeit über diese Verfügungen empört.Viele Gruppen,von Gewerkschaften,Unis,Kirchengemeinden,Unterstützungskomites, bis zu Mitgliedern des Europapalamentes haben ihren Protest in einer gemeinsamen Erklärung zum AUsdruck gebracht.
Es wird jetzt auch damit gerechnet,daß die Verfügungen aufrund der Waffenstillstandsverhandlungen zurückgenommen werden.
Aber es darf eins nicht vergessen werden:
Solange die Grundlage für derartige Maßnahmen,nämlich das "Ausländer"Sondergesetz, weiter existiert,sind sie jederzeit wiederholbar.Dieses muß weg.Grundsätzlich!

Die Rechtsgrundlage für diese menschenunwürdige Bevormundung,das neue "Ausländer"-gesetz,das seit Januar gilt,führt in seiner amtlichen Begründung zu § 37,Verbot politischer Betätigung,aus:
"Das AuslG hat einen allgemein polizeirechtlichen Charakter.Durch Maßnahmen wie Verbot der politischen Betätigung sollen die Handlungsmöglichkeiten von Ausländern eingeschränkt werden,soweit es zur Wahrung öffentlicher deutscher Interessen geboten ist.Hierfür reicht es aus,daß eine (vermutete) Gefahr der Beeinträchtigung dt. Interessen besteht."
Und seinen Höhepunkt findet das Ganze in der zynischen Erläuterung:
"Durch die politische Betätigung von AUsländern kann in besonderem Maße das freidliche Zusammenlaben von Deutschen und Ausländern und vor allem von Ausländern untereinander gefährdet werden."
Es ist schon der Hohn schlechthin,solche verächtlichen Ausführungen aus den Mündern derjenigen zu hören,die zur gleichen Zeit eiskalt mit einem Pinselstrich aus politischen und ökonomischen MAchtansprüchen über das Leben tausender,zehntausender, hunderttausender verfügen.
Aber all dies ist nichts neues:
Wir wollen an dieser Stelle noch einmal an 1972 erinnern.Nachdem die Organisation "Schwarzer September" elf israelische Olympiateilnehmer als Geiseln genommen hatte, begann in der BRD eine ungeheuerliche Jagd auf arabische Leute.100e Palästinenser wuredn in Nacht-und Nebelaktionen z.T. von Zivilbeamten mit gezogenen Waffen aus den Betten geholt und sofort abgeschoben,ohne daß ihnen die Möglichkeit gegeben Worden wäre,irgendjemanden zu benachrichtigen.Z.T.wurden sie vorher Verhören der deutschen Polizei und dem israelischen Geheimdienst unterzogen.Hierbei wurden sie gefesselt und systematisch geschlagen.Eine palästinensische Studentin,die von Hamburg nach Beirouth abgeschoben wurde und angeblich Selbstmord begangen hat,wurde bereits tot in das Flugzeug gebracht.Ihr Tod war das Resultat der vorherigen Verhöre.

Auch damals genügte nach dem alten "Ausländer"Sondergesetz die pauschale Behauptung, die Betroffenen würeden Interessen der BRD beeinträchtigen,um sie allein aufgrund ihrer Herkunft solchen Sondermaßnahmen zu unterziehen.

Und sie sollten wohl der massiven Einschüchterung dienen:
Denn, im Gegensatz zu ähnlichen polizeilichen MAßnahmen in der deutschen Limken, schwingt über den betroffenen Leuten aus anderen Ländern immer auch noch der Knüppel des "Ausländer"Sondergesetzes mit seinen vielen repressiven Maßnahmemöglichkeiten.
Und dieser Schlug dann auch am 11.2. zu.
Vorausgegangen war eine massive Stimmungsmache in den Medien. Einerseits waren sie sich nicht zu blöde, trotz z.T. eigener Kritik an der Informationssperre, der Öffentlichkeit vorzugaukeln, in der Golfregion spiele sich ein unblutiger, technologisch sauberer Krieg ab, andererseits schürten sie hier die Vorstellung, jeder Mensch arabischer Herkumft sei ein potentieller sog. Terrorist. Und jeder und jede sollten sich in Acht nehemn. Entsprechende Hinweise gingen an die Post, Unis etc.
Anfang Februar verschickte das Bundesinnenministerium eine Liste mit Namen angeblich sicherheitsgefährdender Personen an die Ausländerbullen sämtlicher Bundesländer, mit der Mitteilung, die Liste sei streng vertraulich zu behandeln. Wieviele Namen auf dieser Liste stehen, ist nicht bekannt, Das Bundesinnenministerium wies die Ausländerbehörden darauf hin, daß es an der Zeit sei, gegen die aufgeführten Personen "ausländer"rechtliche Maßnahmen zu verhängen und machte auch konkrete Vorschläge.
Dem kamen die "Ausländer"bullen zumindest aller CDU-regierten alten Bundesländer nach. D.h., aus den Bundesländern der ehemaligen DDR ist das nicht bekannt.
In West Berlin hat eine nicht bekannte Anzahl arabischer, insbesondere palästinensischer Personen die Verfügung erhalten. Die offizielle Zahl von 17 Leuten ist aufgrund der vorherigen ANzahl von Durchsuchungnen nicht glaubwürdig.
Hierin wird ihnen jede politische Betätigung bis auf weiteres untersagt. Sie müssen sich 2 mal wöchentlich auf dem für sie zuständigen Polizeiabschnitt melden und dürfen Berlin ohne behördliche Genehmigung nicht verlassen. Gleichzeitig wird ihnen die sofortige AUsweisung für den Fall der Zuwiderhandlung angedroht.
Zur Begründung wird wieder auf irgendwelche mysteriösenErkenntnisse verwiesen, die nicht weiter offengelegt werden. Die Ausländerbullen führen jedoch in einem anderen Schreiben aus:
Saddam hätte in seinen Reden immer wieder gefordert, daß die Situation in den israelisch besetzten palästinensichen gebieten jetzt geregelt werden müsse. Schon hieraus ergebe sich, daß alle Palästinenser ein Interesse daran haben müßten, Saddam zu unterstützen und sei es durch Anschläge im Ausland.
Eine solch idiotische wie pauschale Behauptung hält also als Begründung dafür her, Menschen aufgrund ihrer Herkunft unter Androhung noch härterer Repressalien, nämlich der Ausweisung und Abschiebung, dazu zu zwingen, ihr Leben auf Essen, Schlafen und vielleicht noch Arbeiten im Interesse des deutschen Staates und des deuteschen Unternehmers, soweit überhaupt erlaubt, zu reduzieren. Begleitend hierzu ist die alltägliche polizeiliche Präsenz in der arabischen Szene unübersehbar.

Leute, Verschließt eure Augen und Ohren nicht vor dem, was hier vorgeht.

Was sind denn die immer wieder herangezogenen Interessen der BRD ???
Doch wohl nicht unsere !
Die Herrschenden und ihre ausführenden Schreibtischtäter überziehen aufgrund ihrer Sondergesetze je nach politischer Lage und Gutdünken Menschen aufgrund ihrer Herkunft mit einer breiten Palette von repressiven Maßnahmen.
Unser Interesse ist es jedoch, als politisch denkende und handelnde Menschen zusammenzukommen, von einander zu lernen und miteinander zu leben, ohne derart unterschiedliche Voraussetzungen aufgrund unserer ofiziellen Staatsangehörigkeit.
WIR haben ihnen unsere Solidarität und Freundschaft entgegenzusetzen.
Und deswegen:
Hören wir nicht auf, gegen jede Form von Sondergesetzen und Sonderbehandlung öffentlich zu protestieren und Widerstand zu leisten!
Überlegen wir uns, wie wir uns gegenseitig unterstützen können, damit ihr Kalkül von Einschüchterung und Repression nicht durchgreifen kann.

An dieser Stelle wollen wir auch unsere Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung und ihrem Kampf im kurdischen Teil der Türkei demonstrieren.
Das Massaker türkischer Sondereinheiten an kurdischen Bauern und Bäuerinnen in der kurdischen STadt Şirnak ist zutiefst verabscheuungswürdig. Dies gilt zugleich für sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen der türkischen Regierung gegen die berechtigte Forderung der kurdischen Bevölkerung nach einem autonomen Status.
Gestern fand in Istanbul eine Demonstration wegen der Ereignisse in Şirnak statt.
Auch hier gingen türkische Sicherheitskräfte brutal gegen die Demonstranten vor.

Unsere Trauer, unsere Wut und unsere Gedanken sind bei all den Menschen, die für ihre berechtigten Forderungen brutal niedergemacht werden.
Und in den Worten von Nazim Hikmet:
Leben, einzeln und frei wie ein Baum,
und brüderlich und schwesterlich wie ein Wald,
das ist unserere Sehnsucht!

Hoch die internationale Solidarität!

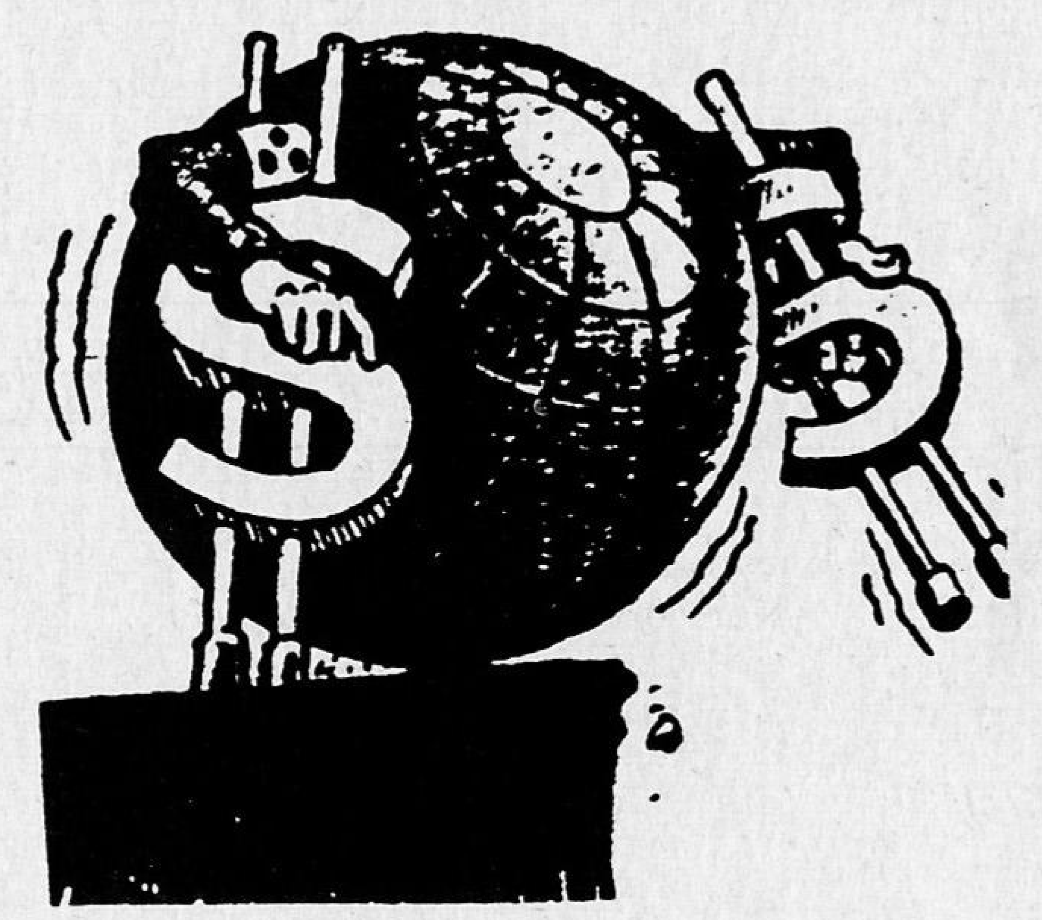
DOKU 1

US-amerikanischer öl-Coup

(übersetzung eines Sonderberichts von Helga Graham, "Observer, 21.10.1990)

Die US-Regierung hat sieben Monate vor der Invasion Kuwaits Präsident Saddam Hussein aktiv ermutigt, eine aggressive ölpreissteigerungspolitik zu betreiben.
Informationen aus hohen US-Kreisen zufolge, wurde bei einem Treffen in New York im Januar 1990 diskret vorgeschlagen, daß Irak eine erhebliche Preisanhebung für Erdöl innerhalb der OPEC durchsetzen sollte.
An die öffentlichkeit gelangte Gesprächsprotokolle zwischen US - Diplomaten und Saddam Hussein während des Zeitpunktes der Invasion bestätigen die Unterstützung der Bushregierung für Saddams Versuch, mithilfe militärischer Mittel die Preissteigerung einzuleiten.
Die US-Regierung unterstützte diese ölpreisstrategie, indem sie ein Treffen zwischen einem früheren amerikanischen Botschafter, der Mitglied des Auswärtigen Amtes ist und weiterhin von Bush für außenpolitische Aufträge eingesetzt wird, und einem von Saddam's Spitzenministern und engsten Vertrauten arrangierten.
Die Zeitplanung für diesen amerikanischen Schritt ist aufschlußreich. Im Januar war Saddam Hussein nicht der populär-legendäre Koloß der Region, sondern ein bankrotter Diktator, der ums überleben kämpfte. Irak war nach dem langen Golfkrieg und Saddams grenzenlosem Aufrüstungsappetit das Rückgrat gebrochen.
Das Erdöleinkommen von 12 - 13 Milliarden US-Dollar reichte nicht aus, um die nationalen Grundbedürfnisse zu decken. Zivile Einfuhren werden (1990) mehr als 11 Mrd Dollar kosten, davon allein 3 Mrd für Nahrungsmittelimporte. Militärimporte für über 7 Mrd kommen hinzu, außerdem ungefähr 1 Mrd US$ Ausgaben für weiteren Außenhandel. Es wurden also 7 Mrd US$ zusätzlich benötigt, nur um die laufenden Ausgaben zu decken. Iraks Außenschulden waren von 1 Mrd US$ 1979 auf 100 Mrd gestiegen.
Gleichzeitig mußte Saddam eine Armee von 700.000 Soldaten auflösen, ohne daß Arbeitsplätze zur Verfügung standen. Ein rebellisches Offizierskorps plante den Umsturz seiner Regierung. Am 6. Januar entkam er knapp einem Attentat im Rahmen eines Putsches. Politisch war er in die Ecke gedrängt. Die kriegsmüde irakische Bevölkerung erwartete die versprochenen Verfassungsreformen mit stärkerer Demokratisierung. Aber tatsächlich zog Saddam, der genausowenig politische Liberalisierung hätte überleben können wie Nikolae Ceausescu in Rumänien, eher die diktatorische Gangart an. Bei Jahreswechsel berief er seinen Sohn und einen Halbbruder zur Leitung der Sicherheitskräfte, und um ihre Gesinnung richtig einzustimmen, zeigte er ihnen die Videos seines Geheimdienstes über den Sturz von Ceausescu.

Obwohl in den Schatten der Ereignisse in Osteuropa gestellt, begannen die Forderungen nach demokratisschen Reformen den Mittleren Osten, einschließlich der ölreichen Golfstaaten zu erschüttern.



Kuwaitis mobilisierten für eine Rückkehr zum vitalen Parlamentarismus der 70er Jahre. Yemen, das bevölkerungsreichste Land am Golf, arbeitete eifrig an einer demokratischen Verfassung. Jordanien schlug zögernd einen liberaleren Kurs ein. Die palästinensische Intifada schwelte weiter.

Unter diesen krisenhaften Bedingungen unterbreitete der frühere amerikanische Botschafter dem irakischen Minister einen Vorschlag zur Steigerung der öleinnahmen und bot ihm damit einen finanzielle und politischen Rettungsring. Im Januar stand der ölpreis bei 21 US$ pro Barrel, aber Experten sagten einen Preisverfall auf etwa 15 US$ pro Barrel für das zweite Jahresviertel voraus (zutreffend, wie sich herausstellte) Saddam konnte eine tiefere Krise für den folgenden Sommer erwarten.
Um seine eigene Gefährdung abzuwenden, wurde Saddam vorgeschlagen, eine aggressive Preispolitik zu entwickeln und das Washingtoner Zentrum für strategische und internationale Studien, eine Stiftung mit Verbindungen zum Irak, mit einer Untersuchung zu beauftragen. Einzelheiten des Berichts wurden geheimgehalten, sie sind aber teilweise wiedergegeben in einem Interview mit Henry Schuler, dem Leiter der Abteilung für Energiesicherheit des Zentrums, welches am 1. März im "Arab Oil and Gas Journal" erschien. In dem Artikel vertrat Schuler unter der überschrift "Die ölexporteure lassen Geld auf dem Tisch liegen" eine aggressive Preispolitik für die arabischen öllieferländer. Er umriß dabei genau die Strategie, die Saddam annahm.



Auf die Frage, ob die US-Kräfte im Golf verstärkt werden sollten, um die Truppenreduktion in Mitteleuropa auszugleichen, sagte Schuler, daß die interne Stabilität der Regierungen in dieser Region seine größte Sorge sei, aber daß die USA in dieser Beziehung machtlos seien.
Welche Beziehung es zwischen dieser Sorge und dem Erdöl gäbe? Schuler antwortet, daß die arabischen ölproduzenten gut 24 oder 25 US$ pro Barrel verlangen könnten, ohne daß sich die Verbraucher nach alternativen Quellen umsehen müßten. Araber würden ihren eigenen Interessen zuwiderhandeln. Warum Geld für die amerikanischen Verbraucher und die Regierung liegen lassen! Es könne sehr populär werden, diejenigen zu kritisieren, die eine derartige Politik verfolgten, eine Bemerkung, die sich liest wie eine Warnung an die Regierungen der Golfstaaten.
Erreicht werden könnte dies durch eine durch eine veränderte Politik in einem oder mehreren exportierenden Golfstaaten -"einem, das die Macht hat, alle Golfstaaten zu einer ähnlichen Kursänderung zu zwingen" erklärt Schuler. Der einfachste Weg sei mithilfe von "etwas Veränderung innerhalb der Führungen".
Im zweiten Viertel des Jahres, produzierte die OPEC bereits 2,1 Millionen Barrel über der Nachfrage. Auf der Grundlage seiner Quote, betrug Kuwaits Anteil an der Gesamtüberproduktion der OPEC zu dieser Zeit 18%, während Irak und Iran, auf der gleichen Berechnungsgrundlage 10%igen Anteil hatten. In der dritten Juniwoche fiel der ölpreis auf 13,54 US$ pro Barrel.

Der Markt konnte einen Preisanstieg auf einen Wert um 25 US$ an diesem Punkt nicht unterstützen und die Produktionsdrosselung auf das tatsächliche Nachfragevolumen hätten nach Schätzungen die Preise um knapp 2 US$ erhöht.
Die einzig verbliebene Möglichkeit für eine irakbegünstigende Lösung war eine bewußte Politikänderung, wie sie Schuler vertrat, unter der Führung eines ölproduzenten, der sie auch den anderen aufzwingen könnte, nämlich Irak.
Unterstützung durch die USA für eine solch biszarre Politik scheint seltsam für ein Land, das traditionsgemäß hohe ölpreise nicht befürwortete. Aber es gab andere überlegungen.
Beide, sowohl Präsident George Bush als auch Staatssekretär James Baker sind ölindustrievertreter und die amerikanischen ölstaaten - Louisiana, Arizona, Alaska und sogar Texas - waren in argen finanziellen Nöten. Die USA produziert die Hälfte ihres ölbedarfs selbst, höhere Preise sind entscheidender Anreiz für die Fortsetzung der amerikanischen Förderung. 1986 hatte die USA bereits Maßnahmen ergriffen, um die Preise zu heben. Damals waren sie bis auf 8,90US$ abgesackt und die Produktionsmenge sank.
Als Vicepräsident reiste Bush nach Saudi Arabien, um König Fahd zu überreden, die OPEC zu Preissteigerungen zu veranlassen. Fahd war einverstanden, die OPEC drosselte die Produktion auf die festgelegten Quoten und die Preise stiegen auf 18 US$.
Der saudiarabische ölminister Sheikh Yamani, der niedrigere Preise zugunsten eines größeren Marktanteils bevorzugt hatte, wurde entlassen. Desweiteren wuchs die amerikanische Besorgnis über zu große Abhängigkeit vom öl aus dem Mittleren Osten.
Eine Preissteigerung war ebenfalls sicherheitspolitisches Instrument- nicht nur für Irak, sondern ganz allgemein für den Golf, einschließlich Saudi Arabiens.
Die stillschweigende Duldung der Bush-Regierung von Saddams Versuch, die Erdölpreise zu steigern, kann noch konkreter belegt werden.



Zunächst ist aufschlußreich, daß Sadoun Hammadi, Iraks Vizeminister bei seiner Rundreise Anfang Juli durch die Golfstaaten, auf der er Iraks neue Preisvorstellungen publik machte, die von Schuler vorgeschlagenen 25 US$ pro Barrel forderte. Genau dieser Wert erscheint auch in zwei Mitschriften von US-amerikanischen und irakischen Diplomaten-Gesprächen, die Saddam Hussein peinlicherweise an amerikanische Fernsehgesellschaften weiterleitete.
Nach der Invasion in Kuwait sprach Saddam mit dem US-amerikanischen Geschäftsträger in Baghdad, Joseph Wilson

Wilson: Ich denke, die Situation der USA ist für die Welt gefährlich.
Saddam: Warum?
Wilson: Weil es Unruhen an den Weltmärkten gibt.
Saddam: Ihr habt das verursacht.
Wir akzeptierten den 25US$ Preis pro Barrel.

Saddam sagt hier, daß die 25US$-Formel aus den USA stammte und vom Irak unterstützt wurde.

Weitere Bestätigung des irakisch-amerikanischen Einverständnisses über den ölpreis erscheint in den Aufzeichnungen von Saddam's Treffen mit der amerikanischen Botschafterin in Baghdad, April Glaspie, nachdem Irak zur Unterstreichung seiner höheren ölpreis- und Geldforderungen gegen Kuwait mobilgemacht hatte. Mit einem gefährlichen Militäraufmarsch konfrontiert, sagt Glaspie: "Ich habe eine Anweisung vom Präsidenten persönlich, daß ich an erweiterten und intensivierten Beziehungen mit dem Irak arbeiten soll." Sie entschuldigt sich für die Verurteilung eines Journalisten des amerikanischen Informationsbüros (USIA), der Saddam's Regime als Diktatur bezeichnet hat. Glaspie bemerkt, die USA erwünsche keine hohen ölpreise. Saddam stimmt zu, aber beharrt darauf, daß 25US$ pro Barrel nicht hoch sei.
Die amerikanische Botschafterin stimmt zu, indem sie hinzufügt, daß es viele Amerikaner gäbe, die Preise über 25US$ wünschten. Sie sagt außerdem, sie bewundere Saddam's Anstrengungen zum Wiederaufbau und verstünde seine Geldbedarf.
Soweit es das Erdöl betrifft: "Nach meinen eigenen Einschätzungen nach 25 Dienstjahren in der Region sollten Ihre Ziele große Unterstützung bei Ihren arabischen Brüdern finden." Dann macht Glaspie eine entscheidende Bemerkung: "Wozu wir keine Meinung haben, sind interarabische Dispute, solche wie Eure Grenzstreitigkeiten mit Kuwait...und James Baker hat unseren offiziellen Regierungssprecher angewiesen, diesen Standpunkt zu wiederholen."





"Amerikanische Neutralität" muß viel dazu beigetragen haben, Saddam zu ermutigen, da es in den voranliegenden Monaten zahllose Warnungen über die Gewalttätigkeit seiner Pläne gegeben hatte - keine davon hatte eine mißbilligende Reaktion der USA hervorgerufen.



Im Februar benutzte Saddam aggressive Rhetorik, um das Klima für die spätere Presisteigerungskampagne zu schaffen. Er griff zurück auf die Mottenkiste der arabischen antiimperialistischen, radikal nationalistischen Rhetorik der 60iger Jahre, die historisch assoziiert war mit dem arabischen Unrechtsemfpinden bei der israelischen Aggression gegen die Palästinenser und einem ölpreis, der der arabischen Welt unfair schien.
Das Momentum baute sich langsam auf. Im Februar schlug Saddam vor, daß die US-Flotte den Golf verlassen solle; später daß die Araber ihr Kapital nach Osteuropa überweisen sollten - was ungefähr so schädigend für die USA wäre, wie wenn sie ihre Gelder auf dem Mars angelegt hätten.
Im April und Mai bekam Israel eine rhetorische Tracht Prügel.
Am 28 Mai in Baghdad, während des Gipfeltreffens der Arabischen Liga, wurde der ölpreis zum ersten Mal erwähnt, als Saddam die Golfstaaten beschuldigte, einen Wirtschaftskrieg gegen Irak zu führen.

Im Februar kam es zu anderen entscheidenden Ereignissen. Während des Treffens des Arabischen Kooperationsrates in Amman, herrschte Saddam, höchsten arabischen Kreisen zufolge, brutal König Hussein von Jordanien und Präsident Mubarak von Ägypten an, sie sollten ihre Freunde am Golf dazu bewegen, 30 Mrd US$ auszuspucken: "Wenn sie sich weigern, werde ich wissen, wie ich das Geld bekomme."

König Hussein flog nach Saudi Arabien, um König Fahd zu informieren. Ungefähr zur selben Zeit begann Irak mit Militärübungen in der neutralen Zone an der kuwaitischen Grenze.
Im März wurde dem kuwaitischen Außenminister bei seinem Besuch in Baghdad ein Schreiben übergeben, in dem alle Grenzvereinbarungen zwischen den beiden Ländern annuliert wurden.
Amerikanisch-irakische Komplizenschaft während dieser Monate ging weit über die Übereinstimmung beim Ölpreis hinaus. Im Februar versuchte James Baker, wie aus damaligen Presseberichten zu entnehmen ist, einen Menschenrechtsreport des State Departments, der (wenn auch gemäßigt) Saddams Regierung kritisierte, zu unterdrükken. Immense Kredite an Irak wurden weiterhin vergeben trotz der vom Präsidenten zurückgestellten Sanktionen des Kongresses.
Senator Robert Dole, der Baghdad zwei Wochen später besuchte, anscheinend, um Iraks Hochrüstung zu rügen, verhielt sich privat äußerst beschwichtigend - Saddam gab die Mitschrift ihrer Unterhaltungen an die Öffentlichkeit. Dole entschuldigte sich gar für einen Voice of America -Kommentar, der Saddam's Menschenrechtsverletzungen verurteilte; der Journalist, sagte er (unrichtig) sei entlassen worden.





DOKU 2



aus: Z magazine , oct. 90

Die saubere Krise

eine Rede von Philip Agee, früher CIA

Am Ende der Tour zu Unis und Community Groups in 20 Städten wurde Philip Agee's Pass vom Nicaraguanischen Außenminister eingezogen. Jean Caiani von Speak Out!, der die Tour organisierte, koordiniert eine USA-weite Kampagne für die Rückgabe seines alten Passes, der ihm 1979 wegen seiner Artikel und Reden mit der Begründung, Agee sei 'eine ernsthafte Gefahr für die nationale Sicherheit der USA' abgenommen wurde. Die folgende Rede verfasste Agee als Übersicht über sein Engagement.

Früher oder später mußte es passieren: die fundamentale Umwandlung der US-Militärkräfte war wirklich nur eine Frage der Zeit. Eine Umwandlung von einer nationalen Verteidungsarmee zu einer internationalen Söldnerarmee. Mit einer Verschuldung von 3000 Milliarden Dollar, davon 800 Milliarden im Ausland, mußten die USA früher oder später die saubere Krise finden - oder produzieren - und zwar eine, die es dem Präsidenten ermöglicht, die Armee zu vermieten, sozusagen als Exportartikel, um eine Umwandlung der militärischen Ökonomie in eine zivile zu verhindern. Die Invasion des Irak in Kuweit, von Bush angeregt, so wie die Fakten liegen, ist die nötige Krise.

Nicht lange nach der Invasion sah ich im spanischen Fernsehen Bush's Ruf zu den Waffen, als er sagte, 'our way of life' ist in Gefahr. Danach wartete ich tagelang auf Nachrichten von Millionen von Menschen, die vor Freude auf die Straße gehen und feiern, daß die Tage von Armut, Obdachlosigkeit, Analfabetentum und mangelnder Gesundheitsversorgung endlich vorbei sind. Stattdessen sah ich den 'way of life' der Bush's - fischen, segeln, golfspielen an der Küste von Maine. (...)

In den 70iger Jahren, als Bush der Direktor des CIA war, versuchte er eine Anklage gegen mich durchzukriegen wegen der Aussagen, die ich über Aktionen und Personen des CIA gemacht habe. Er kam damit nicht durch, wie ich später aus Dokumenten entnehmen konnte, die ich durch den Freedom of Informations Act bekam.

Er spricht dann über seine Verfolgung durch den CIA durch ganz Europa und seine Ausweisungen aus England, Frankreich, Holland, BRD und Italien, alle auf Druck der USA.

Historisch gesehen ist dies der Mann, der für die Golf-Krise verantwortlich war: Sir Percy Cox. Er war der britische Hochkommissar in Bagdad nach dem ersten Weltkrieg, er zog die Grenzlinien zwischen Jordanien, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien in den Sand. Und in jedem dieser neuen Staaten unterstützte GB das Hochkommen und die Konsolidierung von Monarchien, durch die Britische Banken, Handelsfirmen und Öl-Konzerne ihre Monopole erhielten. Kuwait zb. gehörte über Jahrhunderte zur Provinz Basra des ottomanischen Reiches. Irak und die Iraker akzeptierten die Grenzen Sir Percys nie. Er hatte diese Grenzen so gezogen, wie Historiker bestätigen, um dem Irak den lebenswichtige Zugang zum Persischen Golf zu versperren. Die Briten wollten keine Störung ihrer Vorherrschaft im persischen Golf durch den Irak, wo sie nicht weniger als 10 Scheichtümer, inclusive Kuwait, in Kolonien verwandelt hatten. Das Prinzip teile und herrsche wurde so seit Anfang an in diesen Ländern durchgesetzt. 1958 wurde die von den Briten installierte Monarchie durch einen Militärputsch gestürzt. Zehn Jahre später, 1961, entließ GB Kuwait in die Unabhängigkeit, und die Irakische Militärregierung zog Truppen an der Grenze auf, und drohte das Land mit Gewalt zu übernehmen. Sofort entsandten die Briten Truppen, und der Irak zog sich zurück, allerdings ohne die Grenzen anzuerkennen. Ähnliche Irakische Drohungen gab es 1973 und 1976.

Mit diesem Hintergrund ist die Berechtigung (Rechtfertigung? 'Justification' d.Ü.) Saddam Husseins, Kuwait zu annektieren, für jeden in den Geschichtsbüchern nachzulesen. Aber Wochen vergingen, ich wartete und wunderte mich, warum der International Herald Tribune, (...) es verabsäumte, den Hintergrund zu veröffentlichen. Endlich, ein Monat nach der Invasion, brachte der Herald Tribune einen Artikel der Washington Post über den historischen Zusammenhang, geschrieben von Glenn Frankel. Ich habe diesen Artikel bisher weder in Time noch in Newsweek gefunden. Time geht im Gegenteil so weit zu sagen, daß die Ansprüche des Irak 'jeglicher historischen Basis entbehren'. Es überrascht kaum, denn die Erklärung der Position des Irak würde die Kampagne, aus Saddam Hussein einen Hitler zu machen, schwächen. In den gegenwärtigen Veröffentlichungen vermisse ich auch die Rolle, die der CIA in den frühen 70er Jahren bei der Bildung und Unterstützung des bewaffneten Kurdischen Widerstandes im Irak gespielt hat. Die Agency, im Bündnis mit dem Schah des Iran, steckte 16 Mio. $ in Waffen und andere Unterstützung der Kurden, was zur Kapitulation des Irak gegen den Schah bei der Kontrolle des Shat al Arab geführt hat. Das ist die Mündung zwischen Euphrat und Tigris, das das Landesinnere der beiden Länder vom Golf abtrennt und der einzige Zugang des Irak zu seinem Flußhafen Basra ist. Fünf Jahre später machte der Irak eine Invasion in den Iran, um diese vom CIA unterstützte Erniedrigung von 1975 zu beseitigen und die Kontrolle über die Mündung wiederzuerlangen, was in einem 8jährigem Kireg mit einer Million Toten mündete.

Abgesehen von den historischen Ansprüchen des Irak auf Kuwait und der Notwendigkeit, einen Zugang zum Meer zu haben, spitzten sich zwei andere Unstimmigkeiten kurz vor der Invasion zu. Das eine war der Ölpreis. Die OPEC setzte 1986 den Ölpreis auf $ 18 pro Barrel fest, zusammen mit einer Produktionsquote, um den Preis zu halten. Aber Kuwait und die Arabischen Emirate hatten ihre Quoten weit überschritten, was den Preis im Juni auf $ 13 sinken ließ. Der Irak, mit 70 Milliarden $ Schulden aus dem Krieg belastet, verlor Milliarden an Öl-Einkommen, die normalerweise 95% seiner Exporteinnahmen sind. Inzwischen genossen die industriellen Öl-Verbraucher in den USA den niedrigsten Öl-Preis seit 40 Jahren, inflationsbereinigt. Ein anderer Anspruch des Irak gegenüber Kuwait entstand durch Diebstahl. Während der Irak mit dem Krieg mit dem Iran beschäftigt war, begann Kuwait Öl von dem irakischen Ölfeld Rumnaila abzupumpen, daß unter der umstrittenen Grenzregion liegt. Der Irak verlangte Bezahlung für das aus diesem Ölfeld gepumpten Öl sowie den Erlaß der Schulden aus dem Iran-Krieg. Im Juli zog der Irak Truppen an der Kuwaitischen Grenze während eines Treffens der OPEC-Minister in Genf auf. Dieser Druck brachte Kuwait und die Emirate dazu, einen neuen Ölpreis von $ 21 festzulegen, obwohl der Irak auf $ 25 bestand. Danach verstärkte Hussein die Truppen von 30.000 auf 100.000. Am 1. August brachten Verhandlungen zwischen Kuwait und Irak über die Schulden, den Öl-Diebstahl und einem Meereszugang des Irak kein Ergebnis. In der nächsten Nacht begann die Invasion des Irak. Seitdem gemachte Enthüllungen, zusammen mit den Ereignissen vor der Invasion, legen den Schluß nahe, daß es die Politik der USA war, Hussein zur Invasion zu ermutigen und, als die Invasion da war, nichts zu tun, um ihm zum Rückzug zu bewegen:

Kampf, und luden damit die Nordkoreaner praktisch ein, ihnen nach Süden zu folgen. Inzwischen schaltete Truman US-Militärkräfte ein, unter dem Kommando der Vereinten Nationen, und richtete einen dramatischen Apell an den Kongress für zusätzliche 10 Milliarden $ für die militärische Expansion der USA und West-Europas unter dem Titel Korea-Hilfe. Der Kongress verweigerte. Trueman traf dann eine folgenschwere Entscheidung. Im September 1950, ungefähr drei Monate nach dem Beginn des Konflikts begannen Einheiten der USA, Südkoreas und anderer Länder unter der Flagge der Vereinten Nationen die Nordkoreaner zurückzuschlagen. Innerhalb von drei Wochen waren die Nordkoreaner hiner die Grenze, den 38ten, zurückgeschlagen. Das wäre eigentlich das Ende der Angelegenheit gewesen, zumindest der militärischen Aktion, wenn die USA die sowjetische UN-Resolution für einen Waffenstillstand und eine UN-Kontrolle über das ganze Land akzeptiert hätten. Aber Truman brauchte eine Verlängerung der Krise, um den Widerstand des Kongress und der öffentliche Meinung gegen seine Pläne für die Aufrüstung der USA und West-Europas zu brechen. Obwohl die UN-Resolution, unter der die US-Kräfte kämpften, nur dazu aufrief, die Aggression aus dem Norden 'abzuwehren', hatte Truman einen anderen Plan. Anfang Oktober überschritten US- und südkoreanische Truppen den 38ten in Richtung Norden und drangen schnell bis zum Yalu-Fluß vor, Nordkoreas Grenze mit China, wo die Kommunisten nur ein Jahr zuvor das von den USA unterstützte Kuomintang-Regime zurückgeschlagen hatten. Die Chinesiche Regierung drohte mit Intervention, aber Truman hatte entschieden, die nordkoreanische kommunistische Regierung zu stürzen und das Land unter der antikommunistischen südkoreanischen Diktatur zu vereinigen. Wie angekündigt, traten die Chinesen im November in den Krieg ein und zwangen die USA und ihre Allierten wieder in den Süden zurückzuweichen. Im folgenden Monat, während die Medien voll mit Geschichten und Bildern über amerikanische Soldaten waren, die durch Schnee und Eis vor den vorrückenden Chinesischen Truppen zurückwichen, wandte sich Truman über das nationale Radio an die Öffentlichkeit und rief einen nationalen Notstand aus, und sagte, was Bush in seinen Anmerkungen über 'our way of life' wiederholte. Truman nahm soviel Hysterie und Emotionen, wie er aufbringen konnte, zusammen, und sagte: 'Unser Zuhause, unsere Nation, alle Dinge, an die wir glauben, sind in einer großen Gefahr. Diese Gefahr wurde durch die Führer der Sowjetunion geschaffen'. Er forderte außerdem massive Erhöhungen der Militärausgaben für die Kräfte der USA und Europa, über die notwendigen Mittel für Korea hinaus.

Natürlich gab es keine Kriegsgefahr mit der Sowjetunion. Truman schob die Situation in Korea auf die Sowjet-Union ab, mit der Absicht, eine emotionale Hysterie zu erzeugen, einen scheinbare Gefahr, und den Kongress auszuhebeln und die Zustimmung für die enormen Mengen an Geld zu bekommen, die der Kongress verweigerte. Wie wir alle wissen, ging Trumans Plan auf. Der Kongress folgte seinem sogenannten bi-partisanen Geist (bi-partisan spirit), so wie die Schafe in den selben Büros heute. Das US-Militärbudget wurde mehr als verdreifacht, von 13 Milliarden $ auf 44 Milliarden 1952, während die Truppenstärke auf 3,6 Millionen verdoppelt wurden. Der Koreanische Krieg ging weitere drei Jahre weiter, nachdem er schon beendet hätte sein können, mit dem Ergebnis von Millionen Geschädigten, inclusive 34.000 US-Toten und mehr als 100.000 Verletzten. Aber in den Vereinigten Staaten machte Korea die permanente Kriegsökonomie zur Realität, und wir leben seit 40 Jahren mit ihr.

Was sind die Paralellen mit der gegenwärtigen Golf-Krise? Erstens: Korea war im Juni 1950 bereits eine Krise wegen Grenzen und der Notwendigkeit einer Vereinigung, die nur auf die Eskalation wartete. Zweitens: weniger als 6 Monate bevor der Krieg begann, erklärte Staatssekretär Dean Acheson Süd-Korea zu einem Land außerhalb der US-Verteidigungssphäre in Asien, genau so wie Assistant Secretary Kelly die Verpflichtung, Kuwait zu verteidigen, verneinte. Drittens: die USA erhielten die UN-Rechtfertigung für eine massive Militärintervention sehr schnell, aber nur, um die Nordkoreaner zurückzuschlagen, aber nicht, das Land zu besetzen. Ähnlich dazu ruft die UN-Resolution dazu auf, Saudi-Arabien zu verteidigen, nicht für eine militärische Besetung des Irak - im Gegensatz zu den Kriegstreibern, die täglich davon sprechen, daß die USA 'gezwungen' wären, den Irak anzugreifen, ohne daß eine UN-Sanktion oder eine Kriegserklärung des Kongresses notwendig wären. Viertens: beide Krisen kamen in einer Zeit, wo die US-Ökonomie von einer Rezession oder sogar einem schlimmeren Niedergang bedroht ist. Fünftens: und das werden wir im Golf sehen, wude die Koreanische Krise verlängert, um Militärausgaben als Motor für die US-Ökonomie zu erhalten. Die gleiche Vorgangsweise würde nun weiter festlegen, was 1950 begann. NSC-68 verlangte eine signifikante Ausweitung von CIA-Operationen in der ganzen Welt, um den geheimen politischen Kalten Krieg gegen sozialistische ökonomische Programme, gegen kommunistische Parteien, gegen linke Sozialdemokraten, gegen Neutralität, gegen Abrüstung, gegen Entspannung und gegen die Friedensoffensive, die von der Sowjetunion begonnen wurde, zu führen.

Er schreibt dann über die verschiedenen CIA-Operationen während der letzten 40 Jahre, die den Zweck hatten, Kontrolle über die Rohstoffe, die Arbeit und die Märkte zu sichern.

(...).

JedEr, die/der denkt, der kalte Krieg wäre jetzt zu Ende, sollte nochmal nachdenken: die Ost-West-Dimension des Kalten Krieges mag mit dem Zusammenbruch des Kommunismus in Ost-Europa beendet sein, die Nord-Süd-Dimension des Krieges, wo die realen Kämpfe wie in Vietnam stattgefunden haben, ist es nicht. Die momentane Krise am Golf ist die letzte Episode in diesem Krieg, und sie ermöglicht es der Bush-Regierung, diese Nord-Süd-Dimension zu institutionalisieren, unter dem Motto einer 'neuen Weltordnung', wie er es nennt. Das heißt, daß der US-Militarismus fortgesetzt wird. (...)

Das wird die internationale Bedrohung fortsetzen - erinnert euch an Truman 1950 - und es Bush ermöglichen, Schnitte im militärischen Budget zu vermeiden, eine Friedensdividende zu verhindern, und verhindern, daß die Ökonomie in eine friedliche, an den Bedürfnissen der Menschen orientierte umzuwandeln. Denn, wenn ihr alle Ausgaben für Verteidigung zusammenrechnet, kommen dabei mehr als das Doppelte der offiziellen 26% des Nationalproduktes heraus, manche Experten sprechen von 2/3 des Budgets, die auf die eine oder andere Art in die 'Verteidigung' gehen.

Die sogenannte 'nationale Sicherheit' der letzten 40 Jahre hat für die, die bei dem Spiel dabei waren, enormen Reichtum und enorme Macht bedeutet. Sie hat auch Kontrolle über die Bevölkerung bedeutet - Kontrolle über die Menschen im diesem und in anderen Ländern. Bush und sein Team, und die, die sie repräsentieren, werden alles tun, was nötig ist, um das Spiel am laufen zu halten. Die elitäre Kontrolle über die USA beruht auf diesem Spiel. Wenn irgendjemand daran zweifelt, erinnert euch an den Anfang dieser Krise, als Kalkulationen über die Kosten der

Während des irakisch-iranischen Kriegs in den 80igern unterstützten die USA den Irak und setzten diese Politik bis zum 2. August, dem Tag der Invasion, fort. Im April sagte der Staatssekretär für den Mittleren Osten, John Kelly, vor dem Kongress aus, daß die USA keine Verpflichtung hätten, Kuwait zu verteidigen. Am 25. Juli, als die irakischen Truppen an der Grenze aufzogen, traf sich die Botschafterin der USA, April Glaspie, mit Hussein. Ein Protokoll dieses Treffens wurde von den Irakern der Washington Post übergegen.

Nach diesen Protokollen, die bis jetzt nicht im State Department behandelt wurden, teilte die Botschafterin Hussein mit, daß Staatssekretär James Baker sie instruiert hatte, Hussein zu signalisieren, daß die USA 'keine Meinung' zu den Grenzstreitigkeiten zwischen Irak und Kuwait hätten. Sie fragte ihn dann, was die Absichten angesichts des Truppenaufmarsches an der Grenze wären. Hussein antwortete, daß die Aktionen Kuwaits auf einen 'ökonomischen Krieg' und 'eine militärische Aktion gegen uns' hinausliefen. Er sagte, er hoffe auf eine friedliche Lösung, aber wenn die nicht zustande käme, 'wäre es natürlich, daß der Irak den Tod nicht akzeptieren würde'. Eine klarere Stellungnahme über seine Absichten ist kaum vorstellbar, und es war kaum ein Verprechen, nicht zu invasieren. Die Botschafterin übergab keinerlei Warnung von Baker oder Bush, daß die USA gegen eine Übernahme Kuwaits durch den Irak aussprechen würden. Sie sagte im Gegenteil: 'Ich habe eine direkte Instruktion vom Präsidenten, bessere Beziehungen zum Irak zu suchen'. Am selben Tag verhinderte der Assistent des Staatssekretärs (Assistant Secretary of State) Kelly eine geplante Sendung von Voice of America, die den Irak warnen sollte, daß es den USA 'sehr zu empfehlen' sei, seine Freunde im Golf zu verteidigen, was natürlich Kuwait mit einbezieht. In der Woche zwischen dem Treffen der Botschafterin und Hussein und der Invasion untersagte die Regierung Bush jede Warnung gegen eine Invasion an Hussein oder an die Tausende von Menschen, die als Geiseln genommen würden. Die Botschafterin kehrte nach Washington zu einer Konsultation zurück. Unterstaatssekretär Kelly sagte erneut, zwei Tage vor der Invasion, öffentlich vor dem Kongress über mögliche Folgen aus, daß die USA nicht verpflichtet wären, Kuwait zu verteidigen. Und, laut Presseberichten und laut Senator Boren, dem Vorsitzenden des Senate Intelligence Committee, sagte der CIA die Invasion ungefähr vier Tage, bevor sie begann, voraus.

Setzt diese Ereignisse in Verbindung zueinander, und fügt noch dazu, daß es keinerlei öffentliche oder private Warnungen von Bush an Hussein gab, die Invasion nicht durchzuführen, gemeinsam damit, daß die USA keinerlei Anstrengungen unternahmen, eine internationale Opposition aufzubauen, solange noch Zeit dazu war. Unter der Annahme, daß die Regierung Bush sehr wohl eine Meinung zu der Invasion hatte, kommt mensch zu dem Schluß, daß die Politik der Regierung Bush objektiv die war, Hussein zu ermutigen, eine weltweite Krise herbeizuführen. Immerhin hat der Irak chemische Waffen und hatte sie schon im Krieg gegen den Iran und innerhalb des Irak gegen die Kurden eingesetzt. Es war bekannt, daß der Irak innerhalb von zwei bis fünf Jahren im Besitz von Atomwaffen sein würde. Er hat das bestehende Kräfteverhältnis (power balance) im mittleren Osten umgeworfen, indem er eine Armee mit einer Million Menschen aufbaute. Er strebte die Führerschaft innerhalb der arabischen Welt gegen Israel an, und er griff alle sogenannten gemäßigten, dh. feudalistischen Regime an, nicht nur Kuwait. Und mit den Ölvorkommen Kuwaits hätte er 20% der weltweiten Erdölreserven unter Kontrolle, eine Konzentration in der Hand radikaler Nationalisten, die vergleichbar wäre mit der Sowjetunion, Iraks größtem Unterstützer. Daher war Saddam Hussein der perfekte Anlaß, eine Krise zu produzieren, und er war noch geeigneter für eine Medien-Dämonisierung nach der Invasion, so wie Qadaffi, Ortega und Noriega.

(der Übertragungscomputer versagte beim nächsten Absatz, es ist wahrscheinlich eine Überleitung zum Thema Korea, jedenfalls gehts damit weiter:)

1950 übernahm die Truman-Regierung ein Programm, NSC-68 genannt, daß die US- und West-Europäischen Militäraktionen unter einem nationalem Sicherheitsrat (National Security Council) enorm ausweiten sollte. Dieses Dokument war 25 Jahre lang streng geheim und wurde durch einen Irrtum 1975 veröffentlicht. Die Ursache für die militärische Expansion unter NSC-68 war es, das ökonomsiche Abgleiten der Ökonomie, das nach dem Ende des zweiten Weltkrieges begann, umzudrehen. Das GNP (Bruttonationalprodukt?) der USA war um 20% gesunken und die Arbeitslosigkeit von 700.000 auf 4,7 Mio gestiegen. Die US-Exporte waren trotz der Stützungsprogramme - bekannt als Marshall-Plan - nicht in der Lage, die Ökonomie zu stützen, und die Wiederaufrüstung West-Europas erlaubte einen Dollar-Transfer unter sogenannten Verteidigungs-Unterstützungs-Garantien, der umgekehrt einen US-Import-Schub aus Europa erzeugte. In NSC-68 wird die Situation 1950 so beschrieben: 'die Vereinigten Staaten und andere freie Nationen werden innerhalb weniger Jahre einen Rückgang ihrer ökonomischen Aktivitäten von ernstzunehmenden Ausmaßen erfahren, wenn nicht mehr positive Regierungsprogramme entwickelt werden ....'

Die Lösung, die gewählt wurde, war die Ausweitung der Rüstung. Aber die Unterstützung im Kongress und in der öffentlichen Meinung fehlte aus verschiedensten Gründen, nicht zuletzt wegen der steigenden Steuern, die die Programme erfordern würden. So beschloß das State Department Trumans', unter der Leitung von Dean Acheson, die sogenannte Kommunistische Bedrohung als Rechtfertigung zu verkaufen, durch eine Angstkampagne der Medien, die eine Atmosfäre eines permanenten Krieges erzeugen sollten. Aber eine heimische Medien-Kampagne war nicht genug. Es wurde eine reale Krise gebraucht, und sie kam mit Korea. Joyce und Gabriel Kolko zeigen in ihrer Geschichte der Zeit von 1945-55, 'Die Grenzen der Macht', daß die Regierung Trueman diese Krise manipulierte, um den Widerstand gegen die Aufrüstung zu überwinden und eine Rückschau auf diese Ereignisse zeigt Paralellen zur Krise am Persischen Golf 1990. Korea wurde am Ende des zweiten Weltkrieges in Norden und Süden von den USA und der SU entlang des 38ten (Breiten-Längengrades?dÜ.) geteilt. Fünf Jahre lang schwelte der Konflikt mit Unterbrechungen: zuerst zwischen den revolutionären Kräften im Süden und den US-Besatzern, dann zwischen den jeweiligen Staaten, zuerst im Süden von den USA installiert, dann im Norden von der SU. Beide Staaten leisteten Widerstand gegen eine gewaltsame Widervereinigung des Landes, und schwere militärische Gefechte wegen Grenzverletzungen waren an der Tagesordnung. Im Juni 1950 bewegten sich die kommunistischen Nordkoreanischen Truppen über die Grenze in Richtung Seoul, der Hauptstadt Südkoreas. Damals wurde die Truppenbewegung 'nackte Aggression' genannt, aber I.F.Stone bringt in seinem Buch 'Die versteckte Geschickte des Koreanischen Krieges' überzeugende Beweise dafür, daß die Invasion von Südkorea und Taiwan, einem anderen US-Kundenregime, provoziert wurde.

Ein Monat lang wichen die Südkoreanischen Truppen zurück, praktisch ohne

Operation Wüstenschild herauskamen, unter der Annahme, das die Operation jährelang andauern soll, das möglicherweise große US-Kräfte am Golf stationiert bleiben. Stellt euch die Freude vor, die diese Krise der US-Militärindustrie bereitet hat, die noch kurz vorher über ihr überleben in einer Welt nach dem Kalten Krieg räsoniert hatten. Keine sechs Wochen nach der irakischen Invasion bestellte das Pentagon den größten Waffenkauf in der Geschichte: 21 Milliarden $ an Hardware für die Verteidigung des Saudi-Arabischen Throns. Sehr schlau, wenn ihr das durchrechnet. Mit dem Preisanstieg auf 15$ pro Barrel nahm Saudi Arabien mehr als 40 Milliarden $ an zusätzlichen Einnahmen während der Invasion bis zum Ende des US-Fiskaljahres ein. Der Pentagon kalkulierte die Kosten für die selben Monate auf 18 Milliarden $. Auch wenn die Saudis das alles zahlen, was sie nicht müssen, weil auch noch andere zahlen, bleiben immer noch mehr als 20 Milliarden $ Gewinne im Windschatten über. OK, bring das Geld über Waffenkäufe in die USA. Das ist es, so glaube ich, warum die Saudischen Waffenkäufe unter dem Titel Defense Industrie Relief Act 1990 (Verteidigungsindustrie-Wohltats-Akt) bekannt wurden.

Er schreibt dann weiter über den Ölpreis, und daß ein Preis über 25$ für die Ölproduzenten nicht sinnvoll wäre, weil dann alternative Energiequellen attraktiv würden.

Weiters schreibt er noch über die 'nackte Agression', die Bush Husein vorwirft:

Bush muß glauben, daß die Welt keine Ahnung über die Geschichte der USA hat - kein Gedächtnis. (...) Wir wissen, daß das hiesige System in einer Krise ist, und daß in der ganzen Geschichte immer fremde Krisen erzeugt, provoziert und gebraucht wurden, um von der heimischen Krise abzulenken. (...) Wir wissen, daß dieses System nicht fair ist, daß eine von drei Personen ökonomisch unterprivilegiert sind, entweder in absoluter Armut oder so nahe daran, daß die ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. Wir wissen auch, daß einEr von drei AmerikanerInnen Analfabeten sind, entweder totale oder in einem Grad, daß sie keine Funktion in einer Gesellschaft, die auf das geschriebene Wort aufbaut, erfüllen können. Wir wissen auch, daß einEr von drei AmerikanerInnen sich nicht für die Wahlen einschreiben, und von denen, die sich einschreiben, 20% nicht wählen. Das heißt, daß wir einen Präsidenten mit ungefähr 25% der möglichen Stimmen wählen. Die Gründe, warum die Leute nicht wählen, sind kompliziert, aber einer davon ist nicht zuletzt, daß die Leute wissen, daß ihre Stimme nichts zählt. Wir wissen weiters, daß die Probleme in den letzten zehn Jahren während der Reagan-Bush-Politik, den Reichtum von den mittleren und unteren Klassen zu der reichen Klasse umzuverteilen, noch größer wurden, während sie die Sozialprogramme gekürzt haben. Zählt das zu üblichen Aufzählung der Krisen hinzu: Bildung, Gesundheit, Umwelt, Rassismus, Frauenrechte, Homophobie (Feindschaft gegenüber Homosexualität), die Infrastruktur, Produktivität, Forschung, und die Unfähigkeit, im internationalen Markt zu bestehen, und ihr erhaltet eine Nation nicht nur in der Krise, sondern im Verfall. (...).



Er schlägt dann als Lösung vor, den Druck der Öffentlichkeit so zu verstärken, daß Bush und der Kongress die Frage beantworten müssen, warum sie die Invasion nicht verhindert haben. Das soll darauf hinauslaufen, daß der politische Preis so hoch wird, daß die Unterstützung für diesen Krieg eingestellt wird.

Und auf diesem Weg müssen wir uns nicht von jenen beirren lassen, die sagen werden: 'Ihr helft diesem brutalem Saddam Hussein'. Wir helfen Hussein nicht, obwohl das vielleicht einige tun. Wir sind nur gegen einen sinnlosen, destruktiven Krieg, der auf Rassismus und Habgier beruht. Wir sind für eine friedliche, auf Verhandlungen basierde, diplomatische Lösung, die Lösungen für andere territoriale Zwistigkeiten in der Region mit einschließt.

Wir sind gegen eine militärische Intervention und gegen eine Krise, die es erlaubt, den Militarismus der USA fortzusetzen. Wir sind für die Umwandlung der Ökonomie der USA und der ganzen Welt in eine friedliche, an den Bedürfnissen der Völkern orientierte. Auf lange Sicht lehnen wir elitäre Ein-Parteien-Regierungen ab, und wir verlangen eine neue Verfassung, wirklich demokratisch, mit öffentlicher Beteiligung bei der Entscheidungsfindung. Kurz gesagt, wir wollen unsere eigene Glasnost und Umstrukturierung in den USA. Wenn Volksbewegungen das in der Sowjetunion zustande gebracht haben, in dieser monolithischen Tyrannei, warum nicht hier in den Vereingten Staaten?

BVG

Drugstore

DRUGSTORE - KÜNDIGUNG

UNTERSTÜZER/INNENTREFF

AM: SONNTAG
DEN 10.3. 1991
Ab 16.00 UHR

IM DRUGSTORE POTSE.180 1/30

NO PASARAN

Die Kündigung
Muß WEG
Gegendruck
ÖEFENTLICHKEIT
AKTIONEN

Info-Veranstaltung über Marchstraße/Einsteinufer

WIR ÜBER UNS

Veranstaltung über die besetzten Häuser
Marchstr./Einsteinufer

Seit zwei Jahren wohnen wir,etwa 60 Menschen in unseren besetzten Häusern in Berlin/Charlottenburg
Vor etwa einem Monat hat die Besitzerin,die Spekulantenfirma Henningvon Harlessen Co Gmbh(Fasanenstr.63) ein Räumungsbegehren gestellt,d.h. wirsollen wieder auf der Strasse stehen.
Wir werden diesem Begehren natürlich nicht nachkommen.
Wir bleiben,was sonst.
Wir werden unsere Häuser,unser Zuhause,mit allen Mitteln verteidigen.Das haben wir seit zwei Jahren so gemacht - deshalb sind wir auch noch drin.
Wir gehen hier nicht freiwillig raus,niemals!

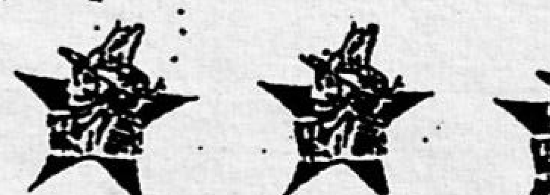
Darüber,über die Durchsetzung und Verteidigung unserer Haüser, was sie für uns bedeuten,was sie für euch bedeuten,wie wir sie auch gemeisam nutzen können,wollen wir mit euch reden.
Wir wollen euch etwas über unser Leben,unsere Geschichte, unsere Kämpfe in den letzten zwei Jahren erzählen.

WIR wollen diese VERanstaltung möglichst öfters mit verschiedenen Leuten in den einzelnen STadtteilen machen.
Dieses mal also im Wedding.

ES gibt eine Diashow,damit ihr sehen könnt wie`s bei uns aussieht.
Vorher so um 18 UHR gibt es wie jeden Sonntag,die Weddinger Kiezküche.

Also kommt massenhaft,auch um eure Solidarität mit den Besetzerinnen der Roten Kapelle zu zeigen.

Keine Räumung von Marchstr./Einsteinufer!!!
Alle besetzten Häuser verteidigen!!
Für ein besseres Leben ohne Chef`s!!!




Infoveranstaltung mit Dias über Marchstr./Einsteinufer
Sonntag, 10.03.91, 19.30 Uhr
Rote Kapelle (Alte Nazarethkirche), Leopoldplatz, Wedding

DIASHOW !? + Diskussion

Berlin, 4.3.1991

Einladung zur Gründungsversammlung des Vereins "Rettet Radio 100"
(vorläufiger Name, ein besserer findet sich bestimmt noch)

Liebe HörerInnen und SympathisantInnen von Radio 100!

Ist Radio 100 noch zu retten ? Ja !!!!!!!!!!!

Der Konkursantrag und die Einstellung des Sendebetriebs durch Radio-100-Geschäftsführer Thomas Thimme am 28.Februar bedeutet keineswegs das Ende des Senders.
Die Chancen, Radio 100 und sein programmliches Profil unter Wahrung der programmlichen Autonomie der Redaktion zu erhalten, sind sehr groß. Dazu wird allerdings eine GmbH-Neugründung erforderlich sein. Daran werden sich bisher mindestens der Berliner Verleger Schmidt und Partner (Elefantenpress, Titanic, Freitag), die bisherigen Gesellschafter TOLLeranz e.V. (Schwule und Lesben) und Verein der MitarbeiterInnen von Radio 100 e.V. (Vertretung der Redaktionsmitglieder) beteiligen. Derzeit wird an der Beteiligung von fortschrittlichen Medienunternehmen aus der DDR gearbeitet.
Radio 100 muß unserer Ansicht nach aber auch weiterhin sein Standbein im (Ost und West) berliner linken und alternativen Spektrum haben.
Daher rufen die UnterzeichnerInnen zur Bildung eines Vereins auf, der sich für den Wiederaufbau und die Weiterentwicklung von Radio 100 einsetzt und Teil einer neuen Radio 100 GmbH wird.
Mitglieder dieses Vereins sollen nur Vereine und ähnliche Organisationen aus dem kulturellen, sozialen und politischen Leben Berlins sein, die insbesondere auch die speziellen Interessen von ImmigrantInnen und Flüchtlingen, Frauen, Schwulen und Lesben usw., kurz: die Gegenkultur in dieser Stadt repräsentieren.
Dies ist vor allem dadurch notwendig geworden, weil der bisherige Radio-100-Gesellschafter 'Anderes Radio Berlin'(ARB) durch innere Satzungs-Kämpfe derzeit völlig entscheidungsunfähig ist. Während die Mehrheit der Mitglieder von ARB für eine Rettung des bisherigen Profils des Senders stimmte, ergriff ARB-Geschäftsführer Rulff offen Partei für die Übergabe von Radio 100 an den französischen Musiksender Nouvelle Radio Jeunesse (NRJ) und nahm dafür sogar den Konkurs der Radio 100 Betriebs-GmbH in Kauf.

Sinn des von uns geplanten Vereins ist es weder, Radio 100 zu finanzieren, noch sich ins Programm einzumischen, sondern dem neuen/alten Projekt die notwendige politische Rückendeckung der fortschrittlichen kulturellen und politischen Strömungen ganz Berlins für eine erfolgreiche Neulizensierung zu verleihen.
Denn letztlich wird es von der Entscheidung des Kabelrats abhängen, ob einer Neugründung von Radio 100 auf solider finanzieller Grundlage und unter professionalisierten Bedingungen eine Chance gegeben wird.
Wir sind allerdings davon überzeugt, daß es dazu keine Alternative gibt.
Denn durch den möglichen Einstieg von Schmidt und Partner hätte Radio 100 erstmals eine realistische Chance - und genug Geld für zwei Jahre - sich zu stabilisieren. Nach nunmehr einem Jahr Notprogramm ohne Bezahlung will die Radio 100-Redaktion das Programm zu einem zensurfreien Informationssender gegen den

allgemeinen Radio-Mainstream ausbauen. Die uneingeschränkte Autonomie der Redaktionen bei der Gestaltung des Programms und die Garantie von Sendungen von und für Frauen, ImmigrantInnen, Schwule, Lesben und andere Zielgruppenprogramme bleiben dabei erhalten.

Wir - die untengenannten - laden Euch/Sie ein zur **Gründungsversammlung** am kommenden **Sonntag, den 10.März** 1991 um **14.00 Uhr**, Ort: Blauer Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 (U-Bahnhof Mehringdamm)
(Dort wird auch ein/e Radio 100-Mitarbeiter/in für die sicherlich noch vielen offenen Fragen anwesend sein)

mit freundlichem Gruß
Karin Lücker (Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden)
Withold Kaminsky (Polnischer Sozialrat Berlin)
Halina Bendkowski (Berliner FrauenfrAKTION)
Rainer Klee (LAZ e.V. (Lateinamerika-Zentrum))

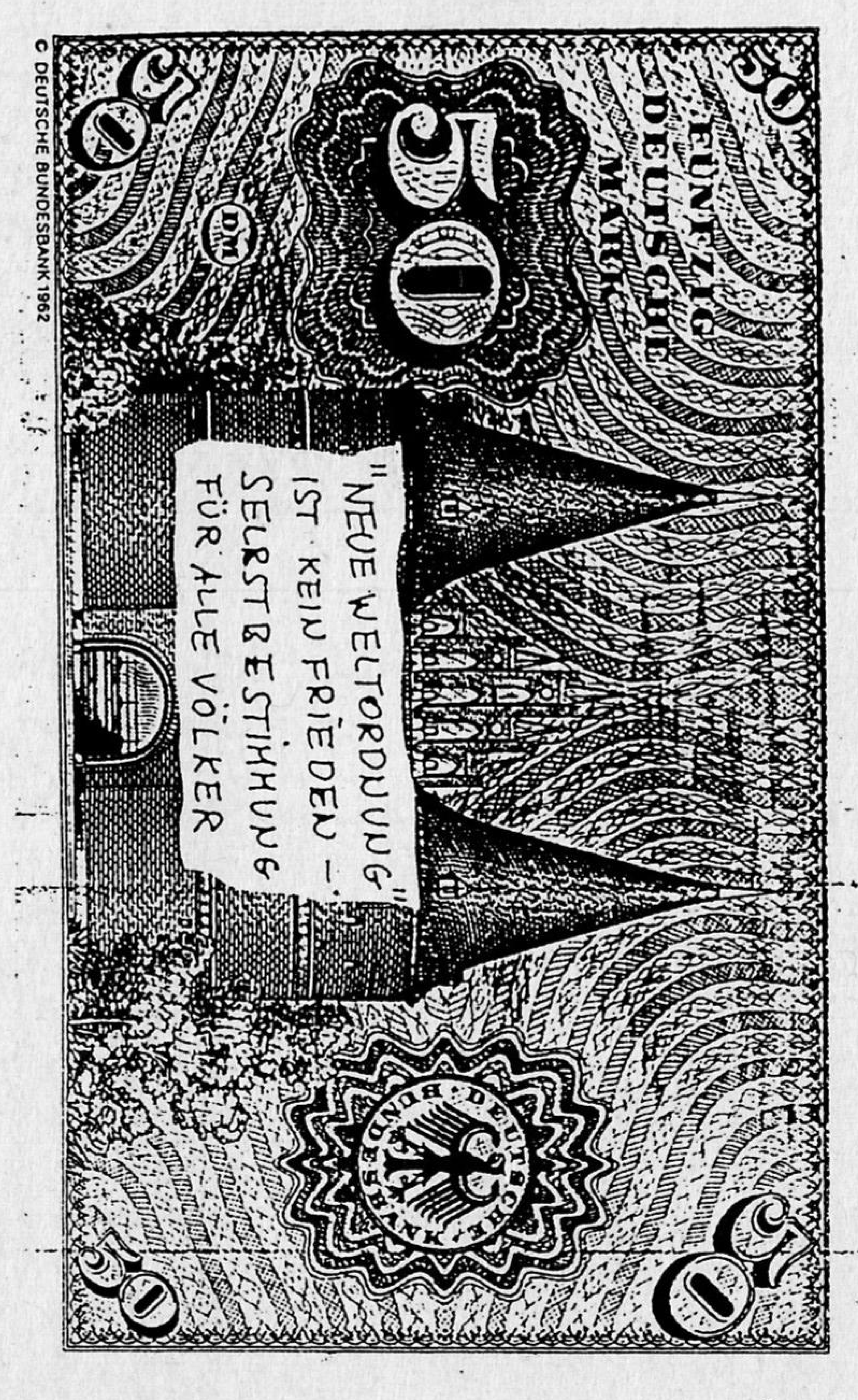
Presseerklärung

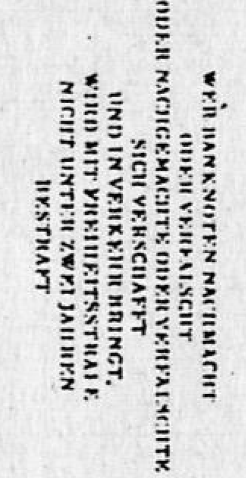
Wir haben heute am Samstag,den 2.3.91 von 10.00-11.00 das Holstentor in Lübeck besetzt.Zusätzlich haben wir ein Transparent mit der Aufschrift :"NEUE WELTORDNUNG"IST KEIN FRIEDEN-SELBSTBESTIMMUNG FÜR ALLE VÖLKER aufgehängt. Die beiliegenden 50 DM scheine wurden vor dem Tor verteilt.

Wir haben diese Aktion gemacht,um gegn die vorHERRschende Meinung eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen.In der allgemeinen Freude über den Waffenstillstand,die wir natürlich teilen,geht unserer Meinung nach total unter,daß dieser Krieg nicht nur gegen militärische Einrichtungen,sondern vor allem gegen Menschen geführt wurde-und wird.
Denn bereits seit Jahren wird Krieg gegen die kurdischen und palästinensischen Menschen geführt. Diese Menschen, die für ihr Selbstbestimmungsrecht und ihre Unabhängigkeit kämpfen sind ihrer elementarsten Menschenrechte beraubt. Die für die sogenannte Nachkriegszeit von den USA geplante "NEUE WELTORDNUNG"unter dem Diktat des Westens übergeht diesen Umstand bewußt.Diese Ordnung wird die Bevölkerungen im arabischen Raum und im gesamten Trikont weiter in die Abhängigkeit und Unterdrückung durch die "erste Welt"treiben. Die westlichen Mächte werden sich den freien Zugang zu den Rohstoffen sichern,um über die Kontrolle (z.B.Preiskontrolle...)eine Gewinnsteigerung der Großkonzerne zu gewährleisten. Der Golfkrieg,der offiziell zur "Befreiung"eines feudalistischen Systems in Kuwait geführt wurde,machte immer mehr deutlich,daß die USA den Militäraufmarsch dazu benutzt haben,ihre verlorengegangene Weltmachtstellung wieder aufzubauen.Denn nach der "Entspannung im Ost-West-Verhältnis und dem damit verschwundenen Führungsanspruch innerhalb der westlichen Allianz,hat sich die USA wieder als Weltpolizist aufgespielt. Mit Hilfe der UNO ist das Ziel einer neuen Weltmacht USA bereits wieder erreicht. Solange die Forderungen der kurdischen und palästinensischen Menschen nicht erfüllt werden, gibt es keinen Waffenfrieden.

- WIR WERDEN UNS DER FESTIGUNG DER ORDNUNG NACH NORD UND SÜD WIDERSETZTEN
- WIR UNTERSTÜTZEN DIE FORDERUNGEN DER KURDISCHEN UND PALÄSTINENSISCHEN MENSCHEN
- WIR MÜSSEN DIE KÄMPFE DER MENSCHEN GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG IM TRIKONT UNTERSTÜTZEN

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT





Für eine starke Totalverweigerer-Bewegung

Das Militär zeigt viele Gesichter, die es zu einer zentralen Säule der Machtverteilung in der BRD machen. Es ist eine zentrale Sozialisationsmaschine, die patriarchale Herrschaft stützt und die Unterordnung unter bestehende hierarchische Verhältnisse verlangt und durchsetzt.
Die totale Verweigerung von Kriegsdienst und "zivilem" Kriegsdienst oder einem "sozialen Pflichtjahr" ist die einzige Möglichkeit, sich als einzelneR konsequent dem Militärsystem, insbesondere eben dem staatlichen Zwang in Form von Kriegsdiensten, zu entziehen und ihm auf Dauer die soziale Basis zu nehmen.
Die Erfahrung zeigt, daß einzelne Totalverweigerer auf gerichtlicher Ebene vom Staat mundtot gemacht werden können. Nur über eine großangelegte Totalverweigerungskampagne kann diese Kriminalisierung einzelner durchbrochen werden und die Totalverweigerung zu dem werden, was sie sein sollte: eine eindeutige Stellungnahme gegen Militarismus und Krieg.

Daß eine solche Aktion Erfolg haben kann, zeigt das "spanische Modell" der dortigen politischen Kriegsdienstverweigerungsbewegungen MOC und Mili KK / Kakitzat, die seit 1979 große Gruppen von Totalverweigerern und eine breite Solidarität für diese organisieren. Von mehreren tausend Totalverweigerern sind bis heute nur wenige kriminalisiert worden. Obwohl auch in Spanien die Strafjustiz in letzter Instanz staatliche "Manneszucht" durchzusetzen hat, ist nicht einmal ein Dutzend verurteilt worden. Und die wenigen, die eingesperrt wurden, waren aufgrund der breiten Solidarität nach vier bis sechs Wochen wieder frei.

In dieser Zeit, da die Kriegsstrategen ihre ungeheuerlichen Pläne wider alle Vernunft durchsetzen - Wiedereinführung der Kriegsdienstpflicht in Berlin, Verfolgung der Berliner Wehrflüchtigen, Einsatz der Bundeswehr in der Türkei - sehen wir sowohl erhöhten Handlungsbedarf, aber auch beste Voraussetzungen dafür, eine Totalverweigerungsbewegung ins Leben zu rufen, die die Kriegsdienstpflicht de facto abschafft.
Wir fordern alle, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen oder unterstützen, auf, mit uns gemeinsam ihre Totalverweigerung zu erklären. Die Totalverweigerungserklärungen sollen solange bei einem Rechtsanwalt hinterlegt werden, bis eine Mindestzahl von 500 erreicht ist. Um der Kriminalisierung von Totalverweigerern durch Überlastung der Gerichte entgegenzutreten, schlagen wir vor, für jeden Totalverweigerer mehrere "SelbstbezichtigerInnen" zu finden, die mit ihrer Unterschrift erklären, daß sie ihn dazu angestiftet haben, Kriegsdienste total zu verweigern. Auch dies ist möglicherweise eine "strafbare" Handlung - ob sie tatsächlich bestraft wird, ist abzuwarten. Nur so kann es gelingen, in unsere Verweigerung all die Menschen einzubeziehen, die uns nahestehen und unterstützen, selbst aber nicht totalverweigern wollen/können. 40.000 Wehrflüchtige in Berlin sind die Chance, eine breite Totalverweigerungsbewegung ins Laufen zu bringen!

Dieses auch in Spanien angewendete Vorgehen hat sich dort als höchst wirksam erweisen, um Repressionen in Gestalt von Gerichtsverfahren und -urteilen zu verhindern. Merke: Viele Totalverweigerungen machen eine Repression über Gerichte unmöglich, weil diese überlastet sind und spätestens dann die Absurdität der Kriegsdienstpflicht nicht mehr länger aus der Öffentlichkeit verdrängt werden kann.
Je mehr wir werden und je besser wir uns vernetzen, desto besser wird die Chance, eine breite Öffentlichkeit herzustellen und unser Anliegen zu vermitteln.
Später ist ein gemeinsames Handeln gegen evtl. Einberufungen und evtl. Strafverfahren notwendig. Von Anfang an muß deutlich sein, daß wir geschlossen gegen jegliche staatliche Repressionen auftreten werden und uns nicht spalten lassen. Wir schlagen vor, daß sich 'Bezugsgruppen' bilden, die sich untereinander intensiv unterstützen und helfen.

Totale Kriegsdienstverweigerung und die Anstiftung dazu gelten in der BRD auch weiterhin als Straftaten. Dies muß jedem und besonders denen, die mitmachen, bewußt sein, auch wenn wir meinen, die Mittel in der Hand zu haben, eine Kriminalisierung verhindern zu können.

Um dies zu erreichen, bitten wir Euch , vorbeizukommen oder zu schreiben, Euch bei uns zu informieren und mitzustreiten.
Organisiert Euch!
Februar 1991

ERSTUNTERSTÜTZERINNEN:

Asta TU
Asta FU
Antimilitarismusplenum der FU
LandesSchülerInnenVertretung
Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär
IdK
VertreterInnen des Studentenrates der Humboldt-Universität
IAT
FWTV
Graswurzelgruppe Berlin (GA/GWR)
Service Civil International, Berlin e.V.
Café Anal

Kontakte:
AStA FU, Kiebitzweg 23, 1/33, Tel.:831 4008

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Badensche Str.29, 1/31, Tel.: 862 1331
IdK, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61, Tel.:693 8021
IAT, Mehringhof, Gneisenaustr.2a, 1/61, Tel.:693 8021

Im Folgenden soll es um die rechtlichen Folgen einer Totalverweigerung bzw. einer Anstiftung zur Totalverweigerung "Selbstbezichtigung" gehen. Die Informationen basieren auf einem Gespräch mit einem Rechtsanwalt.

TOTALVERWEIGERUNG:

Zunächst: keine Panik! Auch von den ausgesprochen wenigen Totalverweigerern in der BRD sind schon welche ohne jede Verurteilung "davongekommen". Strafbare Handlungen vor der Verweigerung der "Einberufung" gibt es nicht.

"Juristisch" kann Totalverweigerung mit einer Höchststrafe von 5 Jahren Gefängnis bestraft werden. Dies gilt sowohl für Fahnenflucht von (potentiellen) Soldaten (§ 16 Wehrstrafgesetz) als auch für die Dienstflucht (potentiellert) Zivildienstleistender (§ 53 Zivildienstgesetz).

De facto ist aber noch kein Totalverweigerer zu fünf Jahren verurteilt worden. Laut Rechtsanwalt (RA) ist bei fortschrittlichen RichterInnen mit einer Einstellung des Verfahrens in Verbindung mit einem Bußgeld zu rechnen, bei weniger fortschrittlichen RichterInnen mit einer Bewährungs- oder Haftstrafe von ca. 6 - 9 Monaten.

Die Perfidie des hierzulande üblichen Umgangs mit Totalverweigerern liegt jedoch darin, daß auf eine Verurteilung sofort ein erneuter Einberufungsbefehl folgen kann, der bei Nichtbefolgung zu einem weiteren Prozeß führt. Ein Freispruch in dieser 2. Instanz erfolgt nur, wenn das Gericht zu der Auffassung gelangt, daß die Totalverweigerung auf einer "Gewissensentscheidung" basiert. Die Definitionsmacht darüber, was eine "Gewissensentscheidung" ist, liegt bei der Rechtsprechung. Häufig erkennen die Gerichte eine Gewissensentscheidung nicht an.

Damit ist dann der eigentlich gültige Grundsatz der mehrfachen Bestrafung für dieselbe Tat außer Kraft gesetzt. Jede Nichtbefolgung eines Einberufungsbefehls gilt als erneute Fahnen- bzw. Dienstflucht. Ein Totalverweigerer muß in dieser 2. Instanz deshalb mit einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung rechnen. Zusätzlich kann eine Bewährungsstrafe aus der 1. Instanz widerrufen werden, wenn die Bewährungsfrist noch nicht verstrichen ist, so daß man diese Strafe auch noch absitzen muß.

In der Praxis sieht es allerdings seit kurzem so aus, daß in Fällen von Mehrfacheinberufungen die Gerichte dazu übergehen, Verfahren aufgrund des Doppelbestrafungsverbotes (Art. 103 Abs.3 GG) einzustellen.

ANSTIFTUNG ZUR TOTALVERWEIGERUNG:

Mit der Anstiftung zur Totalverweigerung gibt es in Deutschland noch keine "juristischen" Erfahrungen.

Für die Anstiftung zu einer Tat gilt nach § 26 Strafgesetzbuch das selbe Strafmaß wie für die Tat selbst. Theoretisch wird das Strafmaß für die Anstiftung zwar unabhängig vom Strafmaß für die Tat festgesetzt, laut RA kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die die Anstiftung zur Totalverweigerung erheblich geringer bestraft wird als die Totalverweigerung selbst. Er selbst rechnet in diesem Fall mit Geldstrafen.

Die Anstiftung zu einer Straftat ist ein Offizialdelikt, d.h. sie muß von den Behörden erst einmal verfolgt werden, unabhängig davon, ob solch ein Verfahren später eingestellt wird. Strafbar macht sich der/die Anstiftende aber erst im Anschluß an eine konkret erfolgte Totalverweigerung einer Einberufung durch die angestiftete Person. Vorher handelt es sich um die versuchte Anstiftung zu einer Straftat, die im Fall von Fahnen- bzw. Dienstflucht nicht strafbar ist.

Das Grundgesetz gewährt kein Recht auf Verweigerung aller Kriegsdienste. Denn selbst "Zivildienst" ist per Definition Kriegsdienst - nur ohne Waffe. Dies ist in Art. 12a des Grundgesetzes festgelegt. Der Kriegsdienst ohne Waffe legitimiert den Kriegsdienst mit der Waffe und umgekehrt.
"Zivil"dienstleistende sind in die militärische Infrastruktur eingebunden und sind für den Kriegsfall verplant - als Sanitäter ebenso wie beispielsweise als Minenräumer (!!!).
"Zivil"dienstleistende unterliegen außerdem den gleichen Grundrechte aussetzenden Vorschriften wie Soldaten.
Der ursprünglich zur Ruhigstellung der antimilitaristischen Bewegung installierte "Zivil"dienst wird derzeit dazu benutzt, den (produzierten!) Notstand in den sozialen Bereichen mit allerbilligsten und in der Regel unqualifizierten Arbeitskräften notdürftig zu übertünchen. In diesem Zusammenhang steht auch die zu erwartende Einführung des Zwangsdienstes für Frauen.

"Die Diskussion um eine Umstrukturierung des (paramilitärischen) Bundesgrenzschutzes zu einer 'Bundespolizei' für die 'Aufstandsbekämpfung' mit der Möglichkeit, dafür auch Bundeswehrtruppen heranziehen zu können, zeigt, daß das Militär nicht nur nach 'außen', sondern gerade auch nach 'innen' bestehende Macht- und Unterdrückungsstrukturen aufrecht erhalten soll. Schon heute werden Angehörige militärischer Verbände der BRD für Einsätze gegen 'friedliche' wie gegen 'unfriedliche' Demonstrationen, Blockaden und Streiks trainiert. Die Aussetzung der Verfassung ist schon in den Notstandsgesetzen festgeschrieben.
Die "Wiedervereinigung" der beiden deutschen Armeen unter dem Kommando der BRD-Mächtigen ohne die Möglichkeit einer Entmilitarisierung auch nur anzudiskutieren und die sofort beginnende Debatte um die 'Ausweitung' des Aktionsraumes der Bundeswehr zeigt, daß Militär heute wieder zentral in deutscher (Groß-)Machtpolitik verplant ist. Der Golfkrieg wird benutzt, eine zukünftige militärische Interessensdurchsetzung auch des Metropolenstaates BRD zu legitimieren."
(aus dem Aufruf des AStA FU zur DeserteurInnendemo am 17.11.90)
Schneller als wir denken, macht Militär aus Menschen Mordende und Gemordete.

"Häufig wird die Kriegsdienstpflicht als Errungenschaft der Französischen Revolution, als Zeichen des Fortschritts und der Demokratie dargestellt. Daß allerdings erst das Instrumentarium der Kriegsdienstpflicht die Millionen von Toten der beiden Weltkriege und vieler anderer Kriege "ermöglichte", darüber schweigt des Kriegers Höflichkeit. Die Forderung nach Demokratie kann einer deutschen Armee gegenüber, die ihren Soldaten grundgesetzmäßig die existentiellen Grundrechte auf Leben, Selbstbestimmung und Gewissensfreiheit verweigert, nur heißen: weg mit der Armee! Eine Armee bewirkt immer die Militarisierung der Gesellschaft." (Berliner Antimilitaristische Erklärung der (West)Berliner ASten und der Landes-SchülerInnen-Vertretung vom Juli 1990)

VOLXSPORT

WIR HABEN HEUTE NACHT, 27.2.91, IN MÜNSTER
U.A. 6 KRIEGSVERHERRLICHENDE
DENKMÄLER BESUCHT UND BESPRÜHT:
KAMPF DEM HERRSCHENDEN KRIEG!
SOLDATEN SIND MÖRDER!
GEGEN DEN IMPERIALISTISCHEN
VÖLKERMORD HELFEN KEINE BITTEN
AN DIE KRIEGSTREIBER, SONDERN
DEMONSTRIEREN, DESERTIEREN, SABOTIEREN,
ANGRIFF AUF ALLE HERRSCHER, AUF STAAT,
KAPITAL, PATRIARCHAT UND NATO!
SOLIDARITÄT MIT KURDISTAN UND PALÄSTINA

ANARCHISTISCHE INITIATIVE ZUR SYSTEMSTILL-
LEGUNG ★

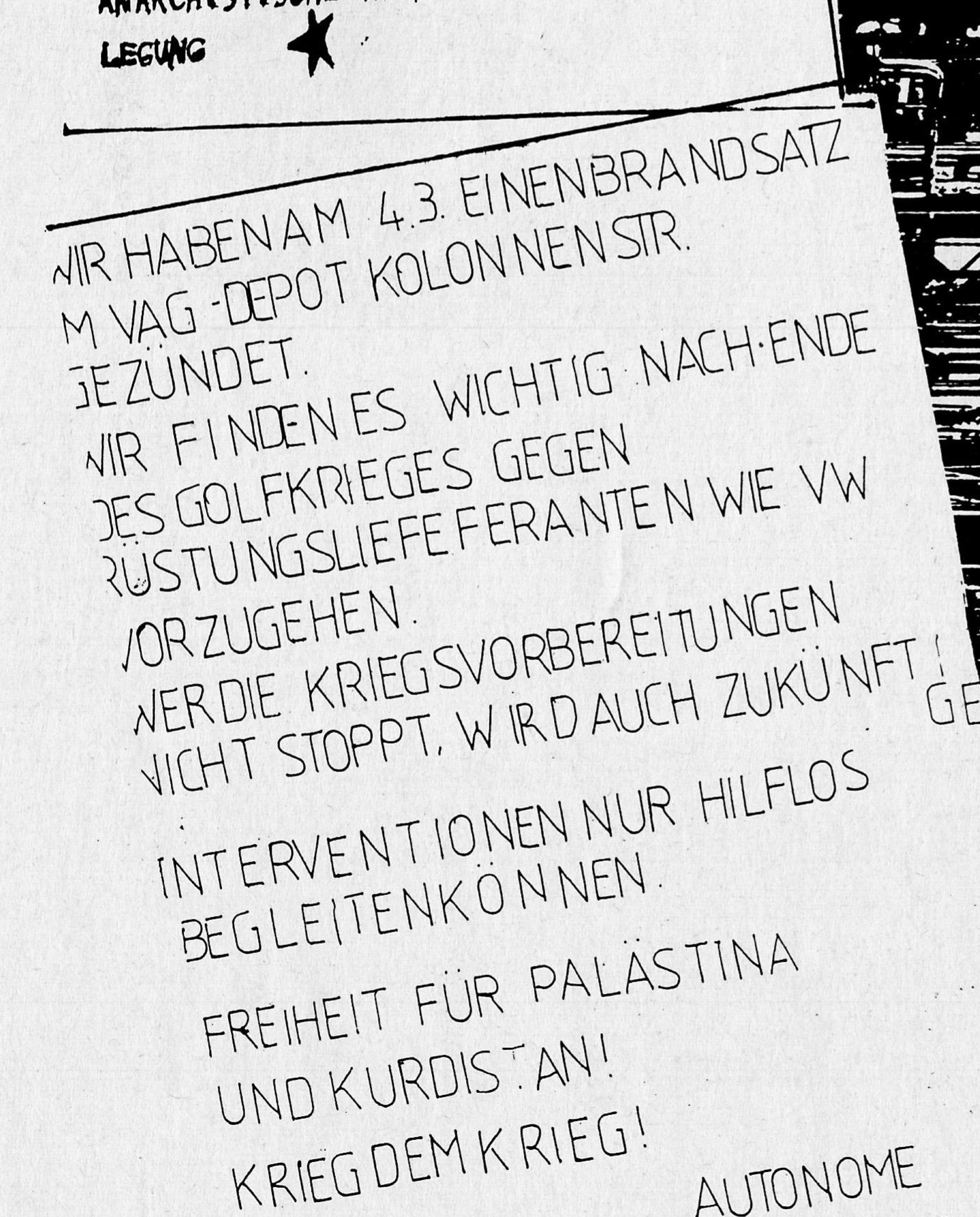
Widerstand in der Provinz

Am 18.2. haben wir die Dresdner Bank am Mexikoplatz und am 25.2. die Araltanke in der Argentinischen Allee mit Farbbeuteln und Parolen verschönert

Keine Ruhe den Kriegstreibern und Kriegsgewinnlern

BürgerInnen Initiative
"Unsere Stadt soll schöner werden"





WIR HABEN AM 4.3. EINEN BRANDSATZ
IM VAG-DEPOT KOLONNENSTR.
GEZÜNDET.
WIR FINDEN ES WICHTIG NACH ENDE
DES GOLFKRIEGES GEGEN
RÜSTUNGSLIEFEFERANTEN WIE VW
VORZUGEHEN.
WER DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN
NICHT STOPPT, WIRD AUCH ZUKÜNFT! GE
INTERVENTIONEN NUR HILFLOS
BEGLEITEN KÖNNEN.

FREIHEIT FÜR PALÄSTINA
UND KURDISTAN!
KRIEG DEM KRIEG!

AUTONOME
ZELLE

MÄNNERSPORT





ANTIPATRIARCHALEN WIDERSTAND GEGEN DEN DEUTSCHEN NATIONALCHAUVINISMUS UND RASSISMUS UND DEM KRIEG AM GOLF !!

KAMPF JEGLICHER PATRIARCHALEN ZURICHTUNG IN DER BUNDESWEHR UND ANDERSWO !!

Die Herrschenden dieser Welt eint der Drang ihre Machtbereiche zu sichern und auszubauen. Ob die BRD deutsche Soldaten an den Golf verlegen oder ob die Menschen dort an deutschen Waffen krepieren, ob die deutsche Wirtschaft den Feldzug mit der harten D-Mark gen Osten vollenden will oder ob die NATO und USA als Sheriff am Golf vorgeben in unserem Interesse zu handeln, ob der lange Zeit vom Westen gestützte Irak kurzerhand Kuwait einkassiert...es ist die Herrschaft des Patriarchats, welche gebrochen werden muß !!!

ES WIRD IMMER KRIEGE GEBEN, SOLANGE DAS PATRIARCHAT EXISTIERT, AUCH WENN SIE SAGEN, ES SEI FRIEDEN !!!

Daß jeder Mann Teil der weltweiten Herrschaft des Patriarchats ausdrückt, wird von den Männern ignoriert.
Auf die Existenz von Frauenwiderstand haben Männer aller Schattierungen mit Ignoranz, Hilflosigkeit, Larmojanz, Abwehrkämpfen und Vereinnahmung reagiert.

Wir wollen die verinnerlichte Rolle als herrschender Mann verweigern und einen eigenständigen Kampf gegen Staat und Patriachat diskutieren und entwickeln.
Unsere Rollenfestlegung, Männerherrschaft zu tragen, manifestieren und auszuüben, ist verbunden mit Privilegien gegenüber weißen Frauen, und farbigen Frauen und Männern. Sie ist aber auch verknüpft mit der Disziplinierung und Zurichtung unseres Geschlechts an vielfältigen Orten und Institutionen.
Indem wir einen Begriff der eigenen Zerstörtheit und Deformation bekommen und unsere gesam te Wut auf die Ursachen richten, wird es möglich, einen antipatriachalen Widerstand zu entwickeln.
Widerstand erscheint uns dort sinnvoll, wo Männer entsprechend ihrer gesellschaftlichen Rolle zugerichtet werden. Diese Orte und Institutionen der Zurichtung zu erkennen und zu bekämpfen, uns und anderen bewußt zu machen, was dort mit uns passiert, halten wir für die Aufgabe von Männern und Schwulen, die mit der Eingebundenheit in die patriarchale Herrschaft brechen wollen. Ziel eines solchen Widerstandes ist die Verweigerung von Männerkumpanei, das permanente Verweigern von Mitarbeit an und in den Orten und Institutionen patriarchaler Gewaltherrschaft und der aktive Kampf gegen die Strukturen und Träger dieser "Ordnung"!!

Dabei muß der Bezugspunkt für Männer und Schwule der revolutionäre Frauen/Lesbenwiderstand sein und werden!
Der Kampf um eine herrschaftsfreie Gesellschaft hat sich für uns an der Befreiung der Frauen und Farbigen weltweit zu orientieren!!

Die Institution Armee

Armeen sind die weltweit größten Männerzuchtanstalten und Männerbünde. Sie sind Teil der Aufrechterhaltung patriarchaler Herrschaft.
Männern wird dort ein Wissen weitergegeben, welches in der Geschichte des Patriarchats angehäuft wurde, damit Männer den Fortbestand der Gewaltherrschaft sichern.
Daß diese Armeen verschiedener Nationen in einem Konkurenzverhältnis stehen und sich immer wieder bekriegen, ist kein Widerspruch, sondern patriarchale Logik.
Dieses Beschützerprinzip, das in Abgrenzung zu anderen patriarchalen Systemen vorgibt, mit Staat und Armee das "Volk" zu beschützen (wie der Ehemann die ihm zugestellte" Ehefrau),ist nur ein Vorwand, um Herrschaft nach innen auszuüben und zu sichern und auszubauen !

Zurichtung am Beispiel der "Schule der Nation"

Mit 17 Jahren flattert uns der erste Bescheid des Kreiswehrersatzamtes (KWE) in's Haus, um uns mitzuteilen, daß wir mit Kopf und Herz dem "Vaterland" gehören sollen.

Ein kurzer Ausflug in die Geschichte zeigt, daß die Wehrerfassung und das stehende Heer auf den preußischen Herrscher, Friedrich den Großen, zurückgeht. 1792 wurden bereits alle männlichen Kinder wehrerfaßt! Die Wehrpflicht wurde 1814 in Preußen eingeführt.
Die unter Zwang gehaltenen Bauern waren als Soldaten nur schwer bei der Fahne ihrer todbringenden Regimenter zu halten. Tausende türmten bei jeder nur erdenklichen Möglichkeit. Oder drehten im Gefecht die Waffen gegen die ihnen befehlenden Offiziere um sich Vorteile bei der Flucht im Schlachtgetümmel zu verschaffen.
Um die Bauern zu Soldaten machen zu können, wurde ihnen die Angst vor Befehlsverweigerung, Deser- tion und Selbstverstümmelung eingeprüg elt. Spießrutenlauf war nie bloße Willkür, sondern Züchtigungsmittel und Abschreckung, damit die zu soldatischen Männer geprüg elten im verläßlichen Gleichschritt die Fahnentreue hielten.
Mit kurzen Unterbrechungen der Wehrpflicht, welche zuletzt durch den kalten Krieger K. Adenauer 1957 wieder eingeführt wurde, werden bis zum heutigen Tag an die 1/2 Millionen (BRD-)Männer jährlich im Alter von ca. 17 Jahren durch Ordnungsämter und Meldeämter vorerfaßt und den Kreiswehrersatzämtern überstellt. Hinzu kommen nun auch wieder die Männer der wiedereinverleibten DDR.


Der Mann als Täter gegen andere...

Die Erfassung und Musterung ist total, denn an dieser Instanz führt für Männer kein Weg vorbei!
Der Besitzanspruch des Staates an einen jeden von unswird in der vollen Schärfe dann sicht- und spürbar, wenn es um die Auswahl unserer Körper auf Tauglichkeit als weißer Krieger geht.
Verkrüppelte, Behinderte und körperlich schwache Männer werden ausgesiebt und als "untauglich" und somit "unmännlich" und "unbrauchbar" ausgemustert. "Männlichkeit" wird im Patriarchat unter anderem in körperlicher Kraft, "Potenz" und Leistungsfähigkeit gemessen.
Wer diesem Zwang nicht nachkommen kann oder will ist kein "richtiger" Mann.

Kommt der Mann in die Kaserne, wird ihm der Privatbereich entzogen. Selbst seine Kleidung wird gegen die Uniform eingetauscht.
Dort treten sie nicht nur an ihn heran, sondern

in ihn hinein. So erfährt der Mann eine für ihn bestimmte Zurichtung, die bis über die Leistungsgrenzen hinaus gehen. Diese Überschreitung der Grenzen werden bis zur Besinnungslosigkeit praktiziert.

Den Druck, die Entmenschlichung und Entwürdigung, in der allgemeinen Ausbildung zum soldatischen Mann vordergründig ertragen zu können, gilt als "mannhaft" und ist somit positiv besetzt. Dieses Ertragen ist jedoch nur die Fassade, hinter der der unerbittliche Kampf gegen die eigenen Schwächen und alles "unmännlichen" geführt wird!

Die Verinnerlichung dieser kaputten Selbstdisziplinierung und Unterwerfung funktioniert bei auch noch so weit unten stehenden weißen Männern in der Gesellschaft darüber, daß ihnen Macht über Frauen und Farbigen zugestanden und ihnen suggeriert wird, Herr über die eigene Person und Schwachheit zu sein.

Mit anderen Worten: Die männlichen weißen "Sklaven" akzeptieren die Existens von Hierarchiesierung und patriarchalen Gewaltstrukturen insofern, als daß sie selbst Herr sein wollen oder können!

Diese Akzeptanz macht jeden Mann zum permanenten Täter!!

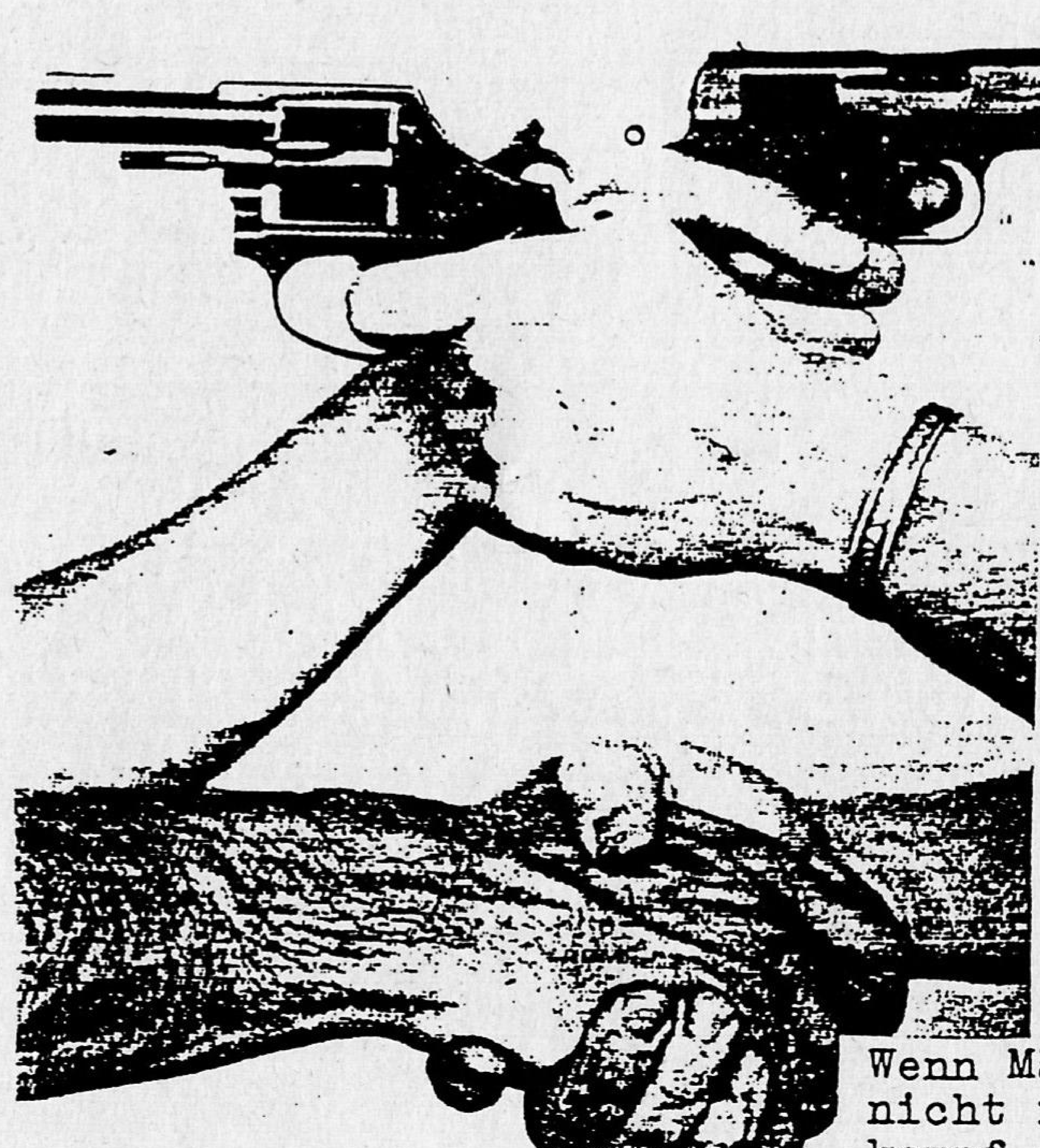
...und sich selbst.

Die Disziplinierung der Männer mündet nicht nur in der Gewalt gegen Frauen...

Mit der Zurichtung zum herrschenden Mann werden Männern kumpelhafte und kameradschaftliche Verkehrs- und Kommunikationsformen aufgezwungen und ihnen wird von früh auf beigebracht, daß es sich dabei um wahre Männerfreundschaften handele.

Zu diesem Verhalten gehört sowohl der distanziert geregelte Umgang der Männer miteinander, als auch der gewaltätige Umgang mit Frauen. Die Übertretung und Abweichungen der (zwangsheterosexuellen) Umgangsforme(1)n werden von der Männergesellschaft verschiedentlich sanktioniert und geächtet.

Selbst der beste Freund wird ingestalt des Kumpels und Kameraden zum Kontrolleur dieser erbärmlichen Zustände. Nur diese kumpelhaften Umgangsformen und der Selbsthass ermöglichen Männern, bzw. herrschenden Institutionen den Zugriff auf die Köpfe "abtrünniger" Männer, um diese ständig einfangen zu können und für das System der Herrschaft funktionalisieren zu können.



Zurichtung zielt nicht nur auf die zwanghafte Unterwerfung von Frauen, Kindern und Farbigen durch den weißen Mann, sondern verunmöglicht Männerliebe und Freundschaften durch die Vorgaben und gegenseitigen Disziplinierungen wie ein Mann zu sein hat. Darüber wird unsere Fähigkeit zur Liebe zerstört, sowohl zu Frauen und Männern, wie auch zu uns selbst.

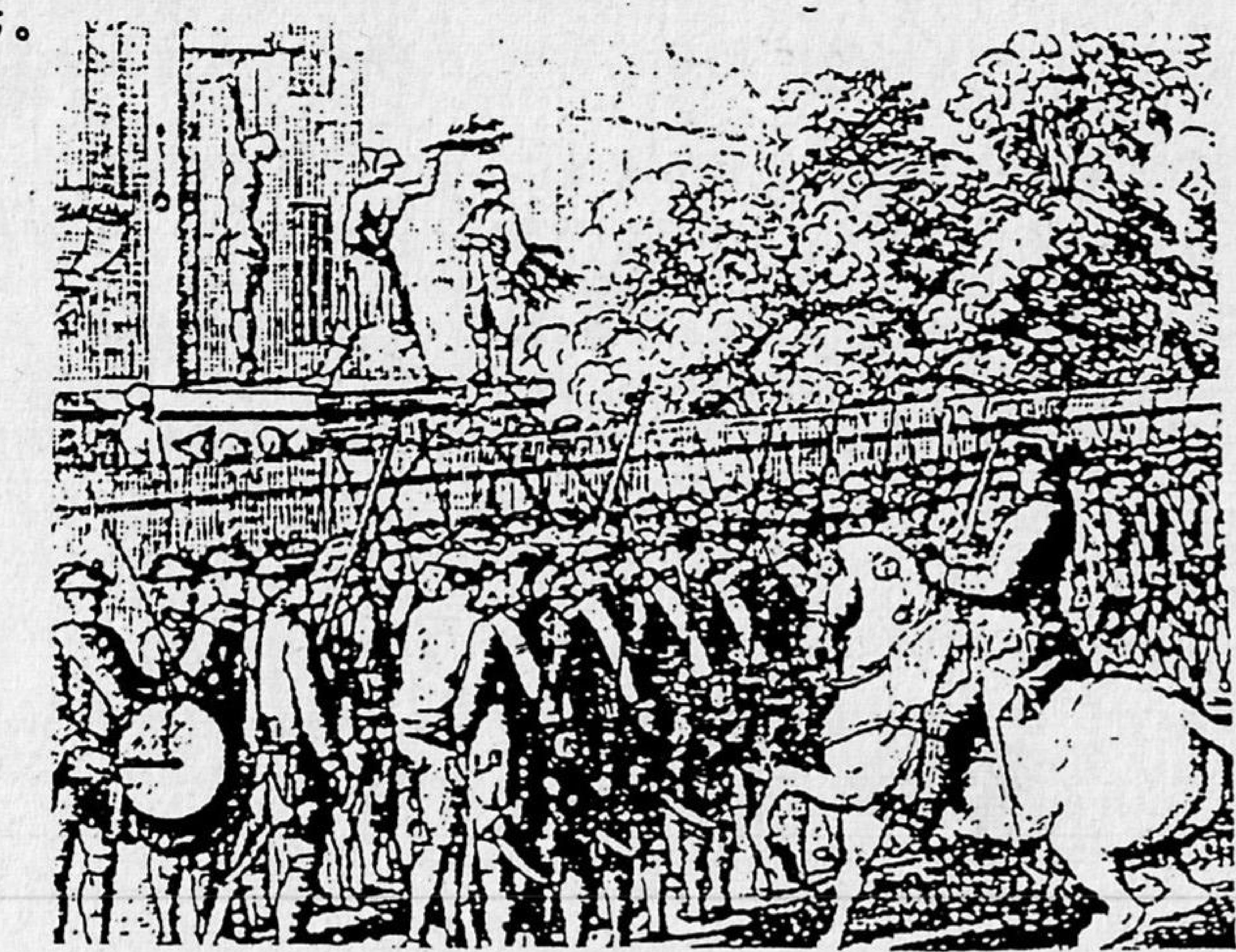
Zurichtung ist die Zerstörung eigener Persönlichkeit und Unterwerfung unter die Herrschaft des Patriarchats, um unter dieser wieder in Gleichförmigkeit wieder neu zusammengesetzt zu werden.

Für unsere gebrochene Identität als Individuen wird uns die Ideologie von Männerherrschaft (z.B. in Form von Patriotismus) an die Hand gegeben. Die Unterwerfung unter die Hierarchie findet ihren Ausgleich in der Unterwerfung von Frauen, AusländerInnen und anderen vermeintlich schwächeren Menschen und Gesellschaftsgruppen.

Anstelle von Freundschaften und Zärtlichkeiten steht der Kumpel, der Kamerad.

Wenn Männer ihre Beziehungen untereinander nicht in Frage stellen, wird der Befreiungskampf zur hohlen Phrase, weil er an den eigenen Widersprüchen zerschellen wird!!

Die Erfassungsstellen in den Kreiswehrersatzämtern erschließen täglich ein neues Potential an zukünftigen Staatsdiener in und ohne sichtbare Uniform. Sie organisieren auch die Verteilung auf die einzelnen Orte der Männerdisziplinierungsanstalten.
Somit wird die erste Vorarbeit für den vorerst letzten Schliff geleistet. Auch wenn dieses Stadium des letzten Schliff's nicht mehr von allen Männern durchlaufen werden muß und wir als ziviles Heer an der "sozialen Front" unseren unterbezahlten Zwangsdienst ableisten "dürfen", hat sich im Kern männlicher Zurichtung nichts verändert. Im Gegenteil!
Unsere Zurichtung und Konditutionierung auf unsere herrschende Rolle beginnt bereits mit dem Schnuller im Mund, und setzt sich über Schule/Lehre/Arbeit und Studium fort.
Spießrutenlauf als Disziplinierungsmaßnahme gegen sich verweigernde Männer ist darum heutzutage nicht mehr notwendig, weil die Männer ihre Lektion bereits gelernt haben. Hinzu kommt, daß ein Teil von militärisch auf Befehl und Gehorsam gedrillter Männer ausreicht, damit diese auch nach der Entlassung den patriarchalen Alltag wissentlich oder unbewußt weiterprägen und gestalten.
Sowohl der einfache Soldat als auch der Offizier werden keine Mühe haben, den ihnen zugewiesenen Platz als Arbeiter und Vorgesetzter so auszufüllen wie die "Schule der Nation" es ihnen beibrachte. Über jeden Mann bleibt der Einfluß in allen gesellschaftlichen Bereichen erhalten.


Spießrutenlauf in der preußischen Armee.

Firmen, Konzerne, Parlamente, Ämter, Verwaltungen, Justiz und Bullerei, sie alle eint die gleiche Struktur wie der hierarchische Aufbau und der formalgeregelte Umgang beim Militär.

Der soldatische Mann, hart gegen andere und sich, wo immer auch zugerichtet, ist ein gesellschaftliches Leitbild. An diesem Leitbild vom Täter und Herrscher verlaufen die Orientierungen von Jungen und Männern!

Die Demontage des soldatischen Mannes kann ein erster Schritt in der Entwaffnung des historischen weißen Mannes werden!
Schwächt das Militär <u>ideologisch</u> und materiell!

Sabotiert den Krieg am Golf!

Propagiert die Deser-tion! Besetzt die Kreiswehrersatzämter !

<u>Verweigert</u> Euch der patriarchalen Gefolgschaft <u>Total!</u>

Bekämpfen wir die patriarchale Zurichtung an jeden Ort, zerreißen wir unsere inneren Uniformierungen, verweigern wir jede Teilhabe an der patriarchalen Macht.

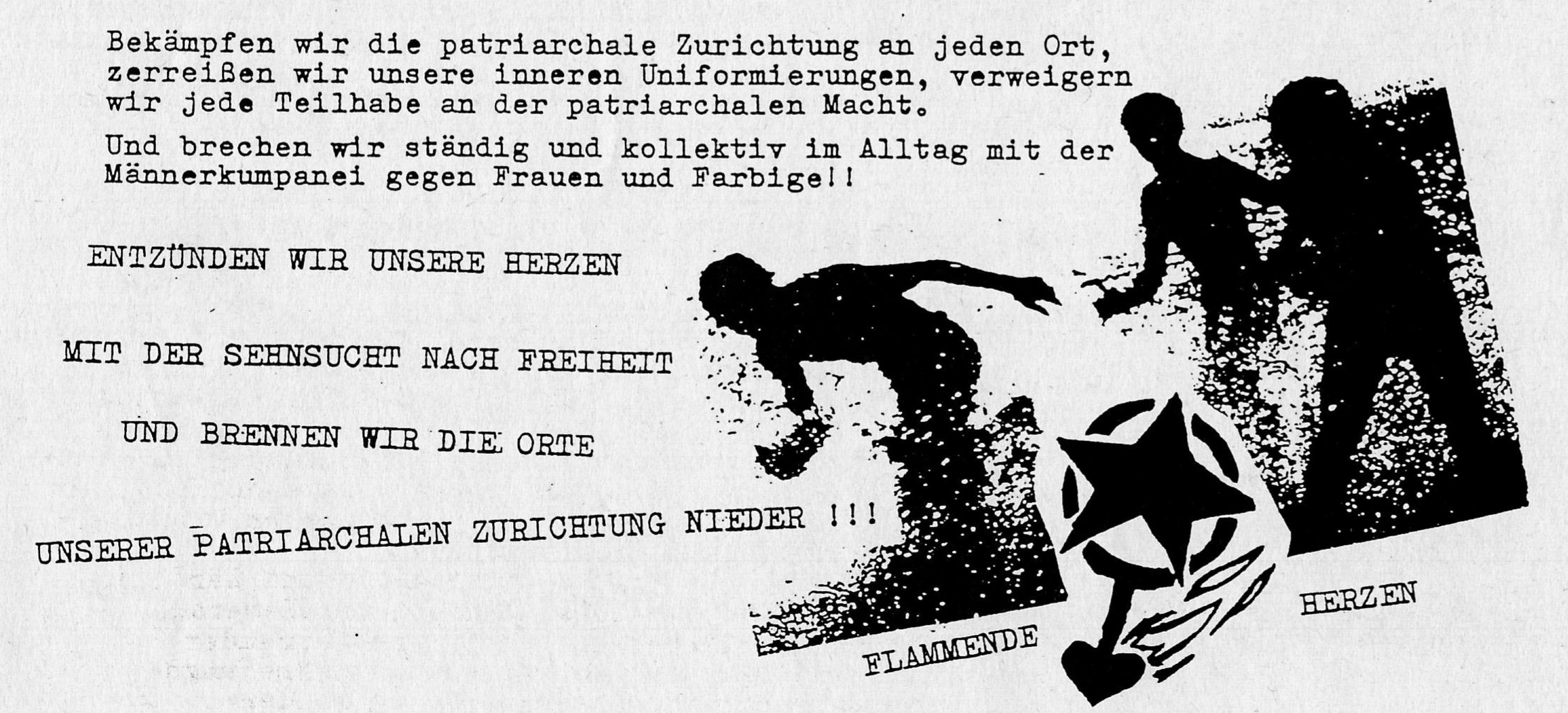
Und brechen wir ständig und kollektiv im Alltag mit der Männerkumpanei gegen Frauen und Farbige!!

ENTZÜNDEN WIR UNSERE HERZEN

MIT DER SEHNSUCHT NACH FREIHEIT

UND BRENNEN WIR DIE ORTE

UNSERER PATRIARCHALEN ZURICHTUNG NIEDER !!!



LEISTUNGSSPORT

SOLIDARITÄT MIT DEN VÖLKERN IM NAHEN OSTEN GEGEN

DIE IMPERIALISTISCHE VERNICHTUNG UND UNTERWERFUNG !

SOFORTIGER STOPP MIT DEM VÖLKERMORD AM IRAKISCHEN VOLK !

wir haben heute mit dem kommando vincenzo spano die botschaft der usa in bonn beschossen, weil die usa im vernichtungskrieg gegen das irakische volk von anfang an die führungsrolle übernommen haben. mit unserer aktion stellen wir uns in eine reihe mit all denen, die rund um den globus gegen diesen us-nato-völkermord aufgestanden sind.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT DER VÖLKER

für die imperialistischen staaten ist dieser krieg der erste schritt zur durchsetzung ihrer neuen weltordnung für die zeit nach dem kalten krieg.
das irakische regime hat jahrelang im interesse des imperialismus kriege geführt; es hat den iran in schach gehalten und es hat in bestialischer weise, selbst unter einsatz von giftgas, einen ausrottungsfeldzug gegen das kurdische volk geführt. in letzter zeit ging es dem irak zunehmend darum, die eigene machtposition in der nah-ost region auszubauen.
der nahe osten ist für den imperialismus eine politisch instabile region. einerseits ist durch den kampf der palästinensischen befreiungsbewegung, den langen atem der intifada, der druck geschaffen, der die frage nach einer grundlegenden politischen veränderung immer wieder auf die tagesordnung setzt. zum anderen ist schon lange klar, daß die herrschercliquen in saudi-arabien, ägypten, jordanien usw. davon bedroht sind, von ihren völkern früher oder später weggefegt zu werden.
deshalb soll in dieser region, von deren öl die westlichen öl-konzerne und die westeuropäischen industriestaaten abhängig sind, keine macht entstehen, die nicht unter absoluter kontrolle des imperialistischen blocks steht.
das sind die gründe, warum die imperialistischen staaten heute diesen krieg gegen einen ehemaligen verbündeten führen.
der imperialismus hat keine moral. die saddam hussein/hitler-vergleiche sind der propagandistische dreh, über den die herrschenden es schaffen wollen, die bei vielen menschen nicht vorhandene zustimmung für diesen krieg zu erreichen.
aber diesem system ist jeder hitler, shamir, özal, pinochet, cristiani und wie sie alle heißen, ein freund, solange er - egal mit welchen mitteln - die interessen des internationalen kapitals durchsetzt.

für die usa ist dieser krieg der willkommene anlaß, die frage nach der führungsrolle innerhalb des westlichen blocks wieder mehr an die militärische stärke zu knüpfen. gleichzeitig wollen sie natürlich mit diesem krieg ihre abgehalfterte wirtschaft sanieren.
am golf spielt sich derzeit also auch der konkurrenzkampf der imperialistischen kern-staaten bzw. -zentren untereinander um künftige macht und einfluß in der nah-ost region und um die vormachtstellung innerhalb des imperialistischen lagers ab.

die bundesregierung ist sich der tatsache bewußt, daß großdeutschland nicht allein aus der ökonomischen potenz des brd-kapitals zur

neuen weltmacht werden kann.
das vierte reich braucht dafür die losgelassene militärmaschine genauso dringend, wie schon die nazis sie gebraucht haben. die interessen des deutschen kapitals sollen nach 45 jahren endlich wieder mit der ganzen brutalität der kriegsmaschinerie durchgesetzt werden können.
dafür laufen zur zeit alle vorbereitungen.
der bundeswehreinsatz in der türkei und ihre logistische einbindung in diesen krieg sind erste praktische schritte. über das vehikel des uno-einsatzes der bundeswehr - nachdem die uno neben nato, iwf und weltbank zum instrument imperialistischer kriegsführung gegen die unterdrückten völker gemacht wurde - will sich großdeutschland endlich wieder freie hand für die militärische unterwerfung und ausplünderung der völker schaffen.

der krieg im nahen osten ist der 'krieg der reichen gegen die armen', wie die genossinnen und genossen vom 17.november in griechenland gesagt haben.
die imperialistischen staaten führen im irak einen krieg der verbrannten erde. was der abwurf von zig-tausenden tonnen bomben und die flächenbombardements der amerikanischen b-52 bomber an tod und leid über ein volk bringen, das haben die unterdrückten auf dieser welt seit vietnam nicht vergessen.
israel und die türkei nutzen diesen völkermord gegen das irakische volk, um krieg und terror gegen das palästinensische und das kurdische volk zu verstärken. das türkische regime - unterstützt von bundeswehr und anderen nato-truppen - bombardiert kurdische dörfer und hat im grenzgebiet tausende menschen umgebracht;
israel bombardiert wieder palästinenser-lager im süd-libanon und terrorisiert die bevölkerung in den besetzten gebieten.
der zionistische staat will die palästinenser endgültig aus den besetzten gebieten vertreiben und teile libanons und jordaniens annektieren.

SOLIDARITÄT MIT DER PALÄSTINENSISCHEN INTIFADA
UND DEM KURDISCHEN BEFREIUNGSKAMPF !

die große mobilisierung gegen diesen vernichtungskrieg hat die herrschenden in der brd überrascht und erschreckt.
nach einem jahr, in dem die bundesregierung sich und die wiederherstellung großdeutschlands und den 'sieg des systems der freien marktwirtschaft' feiern ließ, sind sie heute damit konfrontiert, daß viele menschen ein gespür dafür behalten haben, daß ihre interessen mit denen der völker im nahen osten zusammengehören und nicht mit denen der herrschenden auf dieser welt.

die waffe der psychologischen kriegsführung, mit der von der bundesregierung bis zur staatstragenden linken all die als rassisten und anti-semitisten denunziert werden, die gegen diesen völkermord aufgestanden sind, muß stumpf gemacht werden.
die solidarität mit dem irakischen volk gegen die imperialistische vernichtung ist teil im kampf von uns unten gegen die oben - da wo aus diesem bewußtsein gekämpft wird, laufen solche denunziationen ins leere.
der anti-imperialistische kampf gegen diesen völkermord gehört direkt mit den aneignungsprozessen in jedem einzelnen land zur durchsetzung konkreter lebensinteressen der menschen bzw. zur verhinderung imperialistischer zerstörungsprojekte zusammen -
beides zusammen ist e i n prozeß, in dem die unterdrückten in konkreten schritten gegenmacht aufbauen und die imperialistische macht weltweit zurückdrängen.

denen, die in den letzten wochen gegen diesen krieg - 'für den frieden
auf die straße gegangen sind, wollen wir sagen: ihr müßt euch damit
auseinandersetzen, daß imperialistischer krieg in der logik des
imperialistischen systems liegt.
dieses system produziert in den 'reichen' ländern für die menschen
vereinzelung und konkurrenzdruck jeder gegen jeden; jeder menschliche
lebenssinn soll zerstört werden, stattdessen sollen viele ihre
identität darin suchen, objekt im konsumterror zu sein.
der imperialismus wird immer dann kriege führen, wenn irgendwo auf
der welt seine macht in gefahr ist; er wird nicht aufhören, seine
bestimmung über die lebensinteressen der völker zu stülpen -
mit gewalt, mit geld, mit lügen, eben mit der ganzen palette seiner
herrschaftsmittel.
ein selbstbestimmtes leben für alle in würde, ohne ausbeutung und
unterdrückung, wird es erst dann geben, wenn wir die macht des
imperialistischen systems gebrochen haben.

ein schritt dahin ist das zusammenwirken der verschiedensten
initiativen gegen diesen völkermord:
- den angriffen von revolutionären gruppen überall auf der welt
  gegen die politische und militärische macht von usa und nato,
- den blockaden gegen die kriegskonzerne, gegen die börsen, gegen
  nato-militärstützpunkte ...

und in allen initiativen, demos, mahnwachen, kriegsdienst-
verweigerungen, sabotage-aktionen, in denen für die leute die
auseinandersetzung darum anfängt, sich ein eigenes, von den
herrschenden unabhängiges bewußtsein darüber zu erobern, was
richtig und notwendig ist.

an die leute, die seit beginn des golfkriegs die mahnwache vor
us-botschaft machen.
wahrscheinlich habt ihr einen ziemlich großen schreck gekriegt.
wir haben unsere muntion mit leuchtspur-munition gemischt,
damit ihr gleich seht, wo genau sich die schießerei abspielt und
niemand von euch vor schreck in die falsche richtung läuft.
falls ihr hinterher die ganze wut der bullen und yankees dort
abgekriegt habt, was wir uns gut vorstellen können, dann tut
uns das leid.
sicher werden jetzt die medien verkünden, wir hätten euch fast
erschossen. das ist quatsch, wir wußten die ganze zeit genau wo
ihr euer camp hattet und wir haben auch, bevor wir angefangen haben
die us-botschaft zu beschießen, den weg unten am rhein kontrolliert.

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG !

US-NATO RAUS AUS DEM NAHEN OSTEN !

SABOTIEREN DESERTIEREN ANGREIFEN

SOLIDARITÄT MIT DEM HUNGERSTREIK UNSERER
GEFANGENEN GENOSSINNEN UND GENOSSEN VON ACTION DIRECTE
UND GRAPO/PCE-R
ZUSAMMENLEGUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN
IN WESTEUROPA

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER POLITISCHEN GEFANGENEN
IN DEN VERNICHTUNGSTRAKTEN DER USA
VERHINDERT DIE HINTRICHTUNG VON MUMIA ABU-JAMAL

rote armee fraktion

13.02.91

KEINE ZWANGSPSYCHIATRISIERUNG VON SVEN !

Sven wurde in der Nacht zum 19.2. verhaftet. Laut Haftbefehl soll er vor dem Einwohnermeldeamt in Nürnberg mit 3 Molotow-Cocktails erwischt worden sein. Vorgeworfen wird ihm "versuchte schwere Brandstiftung".

Die Einwohnermeldeämter sind die zentralen Datensammlungsbehörden. Über sie laufen z.B. Wehrerfassung, sie besitzen ständig aktualisierte Listen über die Frauen, die im Kriegsfall zu Lazarettdiensten verpflichtet werden und es sind dort auch die Ausländerbehörden untergebracht.

Im Zusammenhang mit Svens Verhaftung kam es in der gleichen Nacht zu zwei Hausdurchsuchungen und zwei vorübergehenden Festnahmen. Gegen die beiden Genossen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen "Beihilfe zur versuchten schweren Brandstiftung" eingeleitet.
Zunächst kam Sven in die U-Haft in Nürnberg. Dort haben wir letzte Woche zwei Knastkundgebungen gemacht. Am 28.2. wurde Sven überraschend in die psychatrische Abteilung des Straubinger Knasts verlegt.
Nach unseren bisherigen Informationen erfolgte die Verlegung aufgrund einer Knastärztin, die sog. "abnormales psychisches Verhalten" bei Sven festgestellt haben will. *

Sven war Teil der Mobilisierung gegen den imperialistischen Krieg am Golf. Wir waren mit ihm auf Demos und bei anderen Aktivitäten.

Der Versuch der Zwangspsychiatrisierung politischer Menschen und Gefangener, die sich gegen den Knastalltag und die Haftbedingungen wehren, ist immer ein Mittel der Herrschenden zur Vernichtung gewesen. So wurde z.B. bei Bernd Rößner (Gefangener aus der RAF) immer wieder versucht ihn zu psychiatrisieren. Neben der Isolationsfolter und dem, daß sie haftunfähige Gefangene einfach nicht rauslassen, ist Zwangspsychiatrisierung eines der brutalsten Mittel kämpfende Menschen brechen zu wollen.

Die JVA Straubing, insbesondere die psychiatrische Abteilung - Haus III, ist immer wieder durch die skandalösen Zustände in die Öffentlichkeit gekommen. Im Haus III, der "Hölle von Straubing", werden massiv Psychopharmaka eingesetzt. Menschenversuche mit Neuroleptika, im Auftrag der Pharmaindustrie, sind bekannt geworden. Neuzugänge im Haus III kommen zunächst in sog. "Trockenzellen" - dort ist alles grün gefliest, die Temperatur liegt bei ständig 25°C, Wasser- und Luftzufuhr wird von außen geregelt. Schon während dieser Zeit werden die Gefangenen mit Neuroleptika mißhandelt. Eine längere "Behandlung" mit diesen Medikamenten führt dazu, daß die Gefangenen kaum mehr in der Lage sind, klare Gedanken zu fassen.

Wegen der menschenverachtenden Zustände in der JVA Straubing kam es immer wieder zu Protestaktionen der Gefangenen. Zuletzt besetzten letzten Sommer Gefangene das Dach und wurden brutal geräumt; über 100 Gefangene wurden zwangsverlegt. Bei allen Aktionen war die Forderung nach Schließung von Haus III wichtiger Bestandteil.
Trotz massiver öffentlicher Kritik hat sich bisher in Straubing kaum etwas geändert. Immer wieder kommt es zu Selbstmorden. Das bayerische Justizministerium antwortet mit Repressalien und Zwangsverlegungen.

Sven muß sofort raus aus Haus III - Haus III muß geschlossen werden !!!

Svens Zwangspsychatriesierung verfolgt klar den Zweck, ihn als Menschen zu brechen. Das wollen und dürfen wir nicht zulassen.
Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß wir jetzt wirklich alles in Bewegung setzen müssen, um Sven aus dieser Hölle rauszuholen.

* Wir haben gerade noch von Svens Anwältin erfahren, daß Svens Psychiatrisierung damit begründet wird, daß er nicht redet. Seit seiner Verlegung nach Straubing ist Sven in einer dieser sog. "Trockenzellen" und wurde bisher zweimal gegen seinen Willen abgespritzt. Sven selbst hat gesagt, er glaubt, es seien Placebospritzen - fühlt sich aber ruhig gestellt. Sie haben offen gesagt, daß Sven nicht eher aus Straubing rauskommt und solange weiter abgespritzt wird, bis er redet! Das ist einfach der Hammer!
Sven wird gefoltert! - Sie wollen ihn als Menschen brechen und vernichten!
Wir müssen Himmel und Hölle in Bewegung setzen, daß Sven da <u>sofort</u> wieder rauskommt!

FÜR EINE STARKE SOLIDARITÄT - FÜR EINE STARKE DEMO IN STRAUBING !!!

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !!!

Weitere Informationen zu Sven und zur Demo gibt es im Infobüro Nürnberg - Telefon: 0911/226598 - diese Woche auf jeden Fall erreichbar: Di + Fr 17 - 19° und Mi + Do 18 - 19°

Wer für Sven spenden kann und will: Prozeßhilfe - Konto: P. Widmayer - KontoNr. 1 049 943 Stichwort "SVEN" - bei Stadtsparkasse Nürnberg BLZ 760 501 01

KEINE ZWANGS-PSYCHIATRISIERUNG VON SVEN !

- SOFORTIGE SCHLIEßUNG VON HAUS III - DER PSYCHIATRISCHEN ABTEILUNG DER JVA STRAUBING !

- ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF, WIDERSTAND UND ALLER KÄMPFENDER GEFANGENEN !

- FREILASSUNG ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN !

- LIEBE UND KRAFT DEN KÄMPFENDEN GEFANGENEN !



9. MÄRZ 12°°

DEMO ZUM KNAST IN STRAUBING

MARKTPLATZ IN STRAUBING



Die Polltax-Gefangenen in den britischen Knästen brauchen unsere Solidarität! Seit März 90 saßen oder sitzen mehr als 100 Leute im Knast, mit Strafen von bis zu drei Jahren, und die härtesten Prozesse vor dem Old Bailey haben erst angefangen.

Zur Erinnerung: am 31. März 90 demonstrierten 200 000 Leute in London gegen die Poll Tax, gegen den Angriff des Staates auf die ArbeiterInnenklasse. Auf dem Trafalgar Square griffen die Bullen mit Wannen und Pferden die Demo an, die "Schlacht von Trafalgar" dauerte die ganze Nacht. Am Ende hatten die Bullen ca. 250 Leute festgenommen.

Die Solidarität mit den Angeklagten in den darauffolgenden Prozessen war groß. Vor einer Anti-Poll-Tax-Demo am 20.10.90 nahem 1500 Leute an einer Kundgebung vor einem Londoner Gericht teil, dem Ort vieler Schauprozesse gegen Anti-Poll-Tax-DemonstrantInnen. 1500 Leute ist für britische Verhältnisse riesig, die wohl größe Kundgebung vor einem Gericht seit 40 Jahren. Anschließend die Demo mit 20 000 Leuten und dann eine Kundgebung vor dem Knast in Brixton, wo derzeit fünf Anti-Poll-Tax-DemonstrantInnen eingeknastet waren. Die Bullen hatten auf diese Gelegenheit gewartet, den "harten Kern" von 3500 DemonstrantInnen zusammen an einem Ort zu haben, und griffen die Kundgebung an. Viele Verletzte und 135 Festnahmen.

Die Gefangenen freuen sich über jeden Brief, über jede Postkarte. Sie und die Prozeßgruppe brauchen Geld. Schickt das Geld an:

Trafalgar Square Defendants' Campaign
c/o Haldane Society of Lawyers
205 Panther House
38 Mount Pleasant
London WX1X OAP
UK

Hier die Adressen der Gefangenen:

in U-Haft:

Daniel Atwood - KT1303, HMP Rochester, 1 Sort Road, Rochester, Kent, ME1 3QS.

Paul Jacob - RA0711, HMP Brixton, Jebb Avenue, London, SW2 5XF.

verurteilt:

Neil Armour - MV3338, HMP Wandsworth, Heathfield Road, Wandsworth, London, SW18 3HS. (2 Jahre)

Michael Neal - MV3973, HMP Brixton, Jebb Avenue, London, SW2 5XF. (2 ½ Jahre)

Alan Clarke - MV2254, HMP Pentonville, Caledonian Road, London, N7 8TT. (2 Jahre)

Wayne Calder - NT0082, HMYOI Huntercombe, Huntercombe Place, Nuffield, Henley-on-Thames, Oxon. (2 Jahre)

Robert Robertson - RA0741, HMP Camp Hill, Clissold Road, Newport, Isle of Wight, PO305PB (2 Jahre)

Tim Donaghy - MW0105, HMP Brixton, Jebb Avenue, London, SW2 5XF (3 Jahre)

Darren Healey - RA2183, HMP Brixton(s.o.) (2 1/2 Jahre)

Der Kampf gegen die Poll Tax geht weiter! Mehr als 12 Mio. Leute zahlen nicht, Politiker gestehen, "das System ist zusammengebrochen", "das Bild ändert sich von schlecht zu schlechter", und ängstigen sich, daß "der öffentliche Widerstand gegen diese Steuer stärker wird - je höher die Steuerbescheide, desto größer die Probleme und desto mehr SteuerverweigererInnen. Und das ist die Steuer, die am einfachsten hinterzogen werden kann."

Allein im Londoner Stadtteil Hackney zahlen mehr als die Hälfte die Poll Tax nicht. Das lokale Poll-Tax-Büro mußte mittlerweile geschlossen werden, nachdem zuerst die Bürokraten angemacht wurden, dann irgendwelche Ziegelsteine durchs Fenster flogen und es zuletzt auch noch zwei bewaffnete Raubüberfälle gab! Seit letzten November rücken Gerichtsvollzieher den BoykotteurInnen zu Leibe, doch sie haben's nicht leicht. Wenn irgendwo ein Gerichtvollzieher auftaucht, werden sofort die NachbarInnen zusammengerufen. Dabei kann es dann auch vorkommen, daß er sich unverrichteter Dinge wider verziehen muß, nicht ohne sein Auto mit eingeschlagener oder mit Vaseline eingeriebener Windschutzscheibe vorzufinden.

Am 23. März findet eine **ANTI-POLL-TAX-DEMO** in London statt. Treffpunkt ist 12 Uhr Victoria Embankment, Route über Trafalgar Square zum Hyde Park.

Eine besondere Anfrage geht an uns, für die

INTERNATIONALEN AKTIONSTAGE

zur Unterstützung der britischen Anti-Poll-Tax-Gefangenen und -Angeklagten. Während der letzten internationalen Aktionstage am 19. und 20.10.90 gab es überall in Europa Solidaritätsaktionen. In Lyon z.B. besetzten 30 Leute mehrere Stunden das britische Konsulat und hängten ein Transpi raus, "Stoppt die Poll Tax - Freilassung der DemonstrantInnen vom Trafalgar Square". Besonders stark ist die Solidarität in Holland und Italien. Zwei der Gefangenen in U-Haft kommen aus diesen Ländern.

LASSEN WIR UNS WAS EINFALLEN!



Generalstreik in Italien

"Für den ersten selbstorganisierten nationalen Generalstreik kannst auch du, auch du allein, an deinem Arbeitsplatz kämpfen, die Erpressungen, die Zensur und die Einschüchterungen nicht passiv akzeptieren ... Es ist der Augenblick, in dem jede und jeder konkret NEIN ZUM KRIEG sagen kann und muß." (aus dem Aufruf)

Der 22. Februar war für Tausende von ArbeiterInnen und StudentInnen in ganz Italien der erste selbstorganisierte Streik- und Mobilisierungstag. Der Erfolg der Initiative in den großen und kleinen Städten hat die Richtigkeit des Weges bewiesen, auf dem man bis zum Streik gelangt ist. In der Tat, die führende Rolle der Basis und die Selbstbestimmung war die Entscheidung, die die gesamten Bemühungen von StudentInnen und ArbeiterInnen vereinte, und nicht die passive Akzeptanz oder das ständige Liebäugeln mit der Gewerkschaftsspitze. Die Versammlungen, Sit-Ins und Demos am 22.2. waren das Resultat einer konkreten Diskussion, die an vielen Arbeitsplätzen die Möglichkeit ergab, zum ersten Mal seit Kriegsbeginn eine konkrete Debatte über die Oppositionsformen gegen diesen Konflikt und seine Rückwirkungen auf Italien zu führen. Es gab auch Fälle von Einschüchterung seitens der Herrschenden (Abmahnungen, verbaler Terrorismus), und es fehlte auch keine Behinderung durch die Gewerkschaftsspitze, die völlig in die staatliche Verwaltung des Krieges integriert ist ... Aber all das konnte den Erfolg dieses Streik- und Mobilisierungstages nicht verhindern.

Der Weg ist lang, um die breiteste Opposition gegen den Krieg an den Arbeitsplätzen und in der ganzen Gesellschaft zu bilden ... Der Staat und seine Medien spielen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung des sozialen Konsenses über den Krieg und bei der Ausblendung der Kämpfenden. Aber wir denken, daß der 22.2.91 in ganz Italien ein guter Anfang war, um ein stabiles Netz von ArbeiterInnen, StudentInnen usw. zu bilden, das auf Selbstorganisierung und Ablehnung des Stellvertretertums beruht und den Boykott gegen jede Form der Kriegslogik in der sozialen Praxis vorantreibt.

Aufgrund der von uns gesammelten Daten schätzen wir, daß ca. 100 000 ArbeiterInnen und ca. 30 000 StudentInnen und OberschülerInnen am nationalen Generalstreik teilgenommen haben. Ein riesiges Ergebnis ... In der Tat, nach den Demos und Streiks am 17. und 18.1., die erste selbstorganisierte nationale Reaktion der ArbeiterInnen, die das Klima von Energielosigkeit und Passivität gebrochen hat, die sie auf die eine oder andere Art und Weise dem Krieg unterworfen hatte.


Chronologie des 22. Februar

Demos in allen größeren Städten Italiens, von StudentInnen und OberschülerInnen, von ArbeiterInnen und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Krankenhäuser, Ministerien, der Energiegesellschaft, der Schulen, von MetallarbeiterInnen, der Post, des Verkehrs und andere. Gleichzeitig fand in Mailand eine Versammlung einiger Betriebsräte statt, die am Streik nicht teilgenommen hatten und eine nationale Demo am 9.3. in Rom vorschlugen. Es kam zu einer Spaltung, da sie sich bemühten, über einen möglichen Generalstreik nicht zu sprechen.

Die Wichtigkeit des Augenblicks hat dazu geführt, daß nicht nur schon organisierte Basisinitiativen am Streik teilnahmen, sondern auch einzelne ArbeiterInnen, denen die Ablehnung des Krieges wichtiger als ihre Mitgliedschaft in Parteien oder Gewerkschaften war.

Pressemitteilung aus Padua vom 22.2., 18 Uhr: Es ist gerade eine direkte Aktion gegen eine große IBM-Filiale zu Ende geführt worden. Diese Filiale ist durch eine Besetzung von ca. 50 GenossInnen an ihren normalen Aktivitäten gehindert worden, bis die Polizei kam. Durch Transparente und gesprühte Parolen wurde auf die zentrale Rolle der Multis bei den tragischen Geschehnissen der Massaker im Nahen Osten und bei der Unterdrückung in der ganzen Welt hingewiesen.

Wir appellieren an alle GenossInnen, diese Praxis und jede Art von direkter Aktion gegen konkrete Objekte zu praktizieren, weil der Krieg und der Kriegszustand boykottiert, gestoppt und desertiert werden muß.



TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

Do. 07.03

20.00 "Rüstungsexport und Unterentwicklung" Dia-Show u. Vortrag/ Diskussion im A-Laden, Moabit

20.30 "Südfrüchte aus Oberndorf" BRD 83/84 45 min Film über Waffenexporte, Heckler und Koch, und eine Stadt, die "mit sich selbst in tiefsten Frieden und seit 170 J. vom Krieg lebt" im Regenbogenkino, Lausitzer Str. 22

20.30 "Dschihad - der heilige Krieg" Video BRD 91, 45 min u. "AK Kraak" Berlin 45min BesetzerInnen Videozeitung im KOB, Potse 157 1/30

21.00 "briefe eines Toten" Spielfim SU, Infoladen Daneben, Rigaer 84, F´hain

23.00 "kukurantumi-Road to Accra", Ghana 83, 90 min, Regenbogenkino, Lausitzer Str. 22

Fr. 08.03

GEGEN ALLTAGSKRIEG UND KRIEGSALLTAG WELTWEIT !!!
FÜR EINEN STARKEN INTERNATIONALEN FRAUENKAMPF!!!

8. MÄRZ
INTERNATIONALISTISCHE FRAUENDEMO
16³⁰ U-Bhf GESUNDBRUNNEN
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG ca. 18³⁰ LEOPOLDPLATZ
ANSCHLIESSEND ZUM AUFWÄRMEN KAFFEE, KUCHEN...
IN DER ROTEN KAPELLE (direkt am Leopoldplatz)
ES GIBT EINEN BLOCK FÜR GEHBEHINDERTE FRAUEN, ROLLIFAHRERINNEN, FRAUEN DIE NICHT IN FESTEN KETTEN GEHEN KÖNNEN.
AB 16⁰⁰ KINDERBETREUUNG IN DER ROTEN KAPELLE.
AUF DER DEMO KINDER BLOCK

19.00 "die Potemkinsche Stadt" Doku-Film über Leben und Überleben in den modernen Trabantenstädten, El Locco

20.00 "Der große Diktator", Film, Omega, Sparrstr. 21, Wedding

? Fete in der Nostiz 49, 1/61, "2 Jahre Nosti; ein Grund zum Feiern?"

20.30 "Südfrüchte...", siehe Do

23.00 "Kukurantumi...", siehe Do

21.00 Konzert: APOPLEX & STAATSFEINDLICHE HETZE IM Eimer, Rosenthaler Str., B-Mitte

Sa. 09.03

10.00 Arbeitstagung zu Selbstverwaltung u. Verträgen im Nachbarschaftsladen Prinzenallee 58, mit Volksküche (ebenso am So.)

12.00 "Keine Zwangspsychatrisierung von Sven", bundesweite Demo in Straubing, Marktplatz

13.00 Demo in Morsleben, Auftaktkundgebung in Helmstedt, Marktplatz


9. MÄRZ ab 19⁰⁰ INTERNATIONALISTISCHES FRAUENFEST im Ex
GNEISENAUSTR. 2a
PROGRAMM, PREISAUSSCHREIBEN
KINDERBETREUUNG
♿ + WC

20.30 "Aus dem Leben Omer-Khans", Schweiz 88, 54 min, Film über einen Kriegsflüchtling aus Afghanistan, Regenbogenkino, Lausitzer Str. 22, 1/36

21.00 "Zwei Protokolle", BRD 78, 42 min, Film über die Haftbedingungen von Karl-Heinz Roth mit anschl. Diskussion

21.00 "Selbst das kleinste Licht" (Hafenstr.), im Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84, F´hain

23.00 "Kukurantumi..." siehe Do. 7.3.



So. 10.03

19.00 "Das Hobo-Abenteuer", BRD 90, 45 min, Film über Arbeits- und Obdachlose in den USA, die illegal in Güterzügen unterwegs sind, El Locco

20.00 "Die Schlacht von Jerusalem", Film im Ex über die Geschichte Palästinas von 1948-1980

20.30 "Aus dem Leben des Omer Khan" siehe Sa. 9.3.

Mo. 11.03

19.00 "Abschied vom AntiFaterland", Diskussionsveranstaltung zur Geschichte u. Zukunft des Antifaschismus mit J. Kuczynski u.a., Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

Di. 12.03

20.30 "Zensur, Gefängnis, Folter", BRD, 60 min, Video über Repression in Israel
+ "Freiheit - wie meine ich das", BRD, 50 min, Situation der PalästinenserInnen im Libanon, im KOB, Potse 157

21.00 "Die Armen - Reportagen aus unserem reichen Land", Film über Armut u. Wohnverhältnisse in der BRD, El Locco

Mi. 13.03

17.00 "Kampf den Wahnprodukten der Unmenschlichkeit", Info- und Diskussionsveranstaltung mit Dias u. Videos über "anarchistische Ansätze einer herrschaftsfreien Wirtschaftspartnerschaft", El Locco

21.00 "Hände über der Stadt", Film, Italien 63, 101 min, über die skrupellosen Praktiken der Bauspekulation, Korruption und polit. Intrigenspiel, El Locco

Do. 14.03

21.00 "Ein Wort kann eine Karikatur sein: Friede", Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84, F'hain

23.00 YaaBa, Fil, Burkina Faso/F/CH, 1989

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DEN TERMINKALENDER: Montag!!

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DEN TERMINKALENDER: Montag!!



KINDERBETREUUNG

ÜBERRASCHUNGEN